

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 20 des „Illustrirten Sonntags-Blatt“ bei.“

Die Arbeiter-Kolonien.

Wir kommen heute nochmals darauf zurück, daß die Anwesenheit der sogenannten Arbeiter-Kolonien vielfach so beschäftigt werden, daß sie den „freien“ Arbeiter Konkurrenz machen und deren Löhne herabdrücken. Bekanntlich hat dieser Brauch in Bielefeld, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt, zu bellagendsten Ereignissen geführt, und gerade im Hinblick darauf sollten Alle, die den Arbeitern gegenüber wirklich von wohlmeinenden Gefinnungen erfüllt sind, zusammenwirken, um solch mißbräuchliche Verwendung der in den Arbeiter-Kolonien angesammelten Arbeitskräfte zu verhindern.

Ein großer Theil, wenn nicht die Mehrzahl der Unternehmer legt in solchen Dingen eine wahrhaft manchesterliche Rücksichtslosigkeit an den Tag, da ist auch kein Fünkchen von Gemeinsinn bei diesen Leuten, die ihren Lebenslauf mit dem öden Wettrennen um Gewinn ausfüllen; auch nicht eine Spur von Bedachtnahme auf allgemeine Interessen. Ein Votivloste kann nicht ideallos sein als gewisse Unternehmer-Kategorien, die sich noch dazu einbilden, ihre Jagd nach Gewinn, ihr selbstsüchtiges Streben sei überhaupt das Höchste, was von der Menschheit geleistet werden kann.

Dabei begreifen sie nicht einmal, daß sie sich ins eigene Fleisch schneiden. Es giebt eine Menge von Unternehmern, die gar nicht einsehen, daß die sinkende Konsumtionsfähigkeit der Massen ihren Rückschlag auf alle Geschäfte ausübt, und daß unsere ganze wirtschaftliche Kalamität eben darauf beruht. Mit schlechten Löhnen kann sich der Unternehmer momentan seinen Gewinn wohl vergrößern; sowie aber die Löhne im Allgemeinen sinken, droht auch der Absatz, es entsteht die sogenannte Ueberproduktion und Geschäftsstockungen, Krisen und Fallissements sind unausbleiblich. Eine flotte Geschäftszzeit kann sonach nur kommen, wenn auch gute Löhne gezahlt werden.

Nun sehen wir, daß die Anwesenheit der Arbeiter-Kolonien schon zu allen möglichen Arbeitsarten herangezogen werden; man verwendet sie zu landwirtschaftlichen Arbeiten, in Ziegeleien, in Zuderfabriken u. s. w. Was ihnen an Lohn bezahlt wird, konnten wir leider bis jetzt nicht erfahren. Schwerlich werden es mehr als 50 Pf. pro Tag sein, denn diese Arbeiter erhalten ja Kost und Wohnung von der „Kolonie“; also sind sie für einen geringen Betrag zu haben. Der „freie“ Arbeiter kann natürlich gegen eine

solche Konkurrenz gar nicht aufkommen; dagegen wären sogar die Chinesen ohnmächtig. 50 Pf. pro Tag bekommen, heißt für einen gesunden kräftigen Mann soviel als verkommen und verhungern. Die in der „Kolonie“ aber halten es aus.

So haben wir jetzt schon die Erscheinung, daß diese „Kolonien“ die Arbeitslosigkeit, der sie doch steuern sollen, eher fördern als daß sie ein wirksames Gegengewicht bilden. Denn durch die Beschäftigung der Kolonisten werden immer so und so viele „freie“ Arbeiter arbeitslos.

Die Herren Unternehmer werden schon dafür sorgen, daß dies System immer mehr und sich greift, gerade wie sie von der Zucht ausarbeit den ausgedehntesten Gebrauch gemacht haben und noch machen. Man sammelt Geld für diese Arbeiterkolonien, man gewährt ihnen sogar theilweise staatliche Unterstützung, wie sie der Provinzial-Landtag von Westfalen für die große Vobelschwinger'sche Kolonie bei Bielefeld bewilligt hat; man behauptet, dies Alles geschähe aus „christlicher Barmherzigkeit“ gegen arbeitslose und hungernde Mitmenschen, und schließlich wird diese ganze Institution von den Unternehmern benutzt, um die Arbeitslöhne herabzudrücken und so die Zahl der Hungernden und Arbeitslosen noch zu vermehren. Die Arbeiter-Kolonien werden, wenn sich das hier kritisierte System vollends entwickelt hat, die organisirte industrielle Reservearmee sein, die den Unternehmern jederzeit zu unterchinesischen Löhnen zu Diensten steht. Wie lange wird es noch dauern und es werden jene „Hyänen der Industrie“ — man verzeihe den Ausdruck, wir wissen keinen anderen — erscheinen, die solche Umstände immer aufs Äußerste ausnützen, wie die raubbautreibenden Landwirthe den Boden. Bald werden Geschäfte gegründet werden, die nur mit Kolonisten arbeiten, und diese Geschäfte werden durch ihre Konkurrenz andere zwingen, das Gleiche zu thun. Damit sind wir vor den Chinesen und einer etwaigen Einwanderung derselben gesichert, denn vor solcher Konkurrenz werden die Söhne des himmlischen Reiches sich erschrecken über die Grenze flüchten. Aber für Deutschland würde eine Ueberhandnahme eines solchen Systems den völligen wirtschaftlichen Ruin, den Untergang des selbstständigen Arbeitertums bedeuten und ein modernes Helotenthum an dessen Stelle setzen. Die ganze Industrie müßte, da kein Absatz mehr vorhanden wäre, binnen Kurzem in sich selbst zusammenfallen.

Die Sache ist in der That ernster, als man vielleicht glaubt. Wir wollen einmal sehen, ob nicht in der nächsten

Zeit die Arbeiterkolonien sich außerordentlich rasch vermehren und ob nicht gerade die Unternehmer es sind welche diese Vermehrung am eifrigsten fördern.

Damit werden aber auch die Arbeiterkolonien zu gemeinschaftlichen Institutionen. Für ein solches „Recht auf Arbeit“ danken wir. Eine praktisch durchgeführte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist zwar auch kaum zu erwarten; selbst wenn sie käme, so würde sie wahrscheinlich sehr unzureichend sein. Wenn aber diese Arbeiterkolonien Alles sind, was man gegen die Arbeitslosigkeit thun will, so hilft man folchergehalt unsere wirtschaftliche Nothlage nur verschlimmern.

Politische Uebersicht.

Die Ablehnung der Einführung der Berufung seitens des Justizauschusses des Bundesraths wird in der Br. ste lebhaft besprochen. Es wird behauptet, daß an der Ablehnung nur formale Fragen Schuld haben. So handelt es sich u. A. um die Frage, ob die Vereidigung der Zeugen vor oder nach der Auslage stattfinden soll und um die Verlängerung der Frist für die Aufhebung des Verhaftsbefehls. Auf dem Boden der gegenwärtigen Vorlage sollen sich nur die Vertreter von Preußen und Hessen befinden, während die Vertreter der übrigen Staaten sich gegen die Vorlage in der jetzigen Form erklären. Dem „Samb. Korresp.“ wird dießbezüglich aus Berlin geschrieben: „Von verschiedenen Seiten erwartet man, daß das Plenum des Bundesraths sich trotz alledem für die Berufung erklären wird. Die Reichsregierung will Zeit gewinnen, um den Einzelstaaten zu überlassen, die Angelegenheit noch einmal zu erwägen. Die Gegnerschaft geht hauptsächlich von Bayern, Württemberg, Königreich Sachsen und den thüringischen Staaten aus. So viel ist jetzt schon mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Session des Reichstages nicht ohne irgend welche Abänderungen des Strafprozeßes und der Strafprozeßordnung vorübergehen wird.“

Der polizeiliche Feldzug gegen die Fachvereine hat bereits begonnen. Aus Bayern, der Pfalz, Frankfurt und anderen Orten wird berichtet, daß derartige Vereine entweder aufgelöst worden sind oder von den Behörden die Bedingung gestellt erhalten haben, aus den nationalen Verbänden der Fachvereine auszutreten. Die bayerische Regierung marschirt hinsichtlich solcher Maßregeln voran; nachdem zunächst der Metallarbeiter- und dann der Schneider-Fachverein in München zur Raison gebracht worden, ist nunmehr auch dem dortigen Schreiner-Fachverein die Aufforderung zugegangen, aus dem Centralverband auszutreten. Auf Nichtbefolgung wird mit Auflösung gedroht. Die Gründe, welche seitens der Behörden für ihr Vorgehen angeführt werden, sind dieselben, wie sie seit etwa 1878 bei allen seit jener Zeit erfolgten derartigen Verboten angeführt worden sind. Man erklärt die einzelnen Vereine

Feuilleton.

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung.)

„Nein, Mama,“ beruhigte sie lachend der Sohn, „ich habe da drüben wohl rauchen gelernt, aber nicht fluchen, denn das ist allerdings eine häßliche Angewohnheit. Caramba ist ein höchst unschuldiges Wort, das in den spanischen Ländern selbst die feinsten Damen gebrauchen, nur ein einfacher Ausruf des Erstaunens oder der Freude.“

„Mein liebes Kind,“ sagte die Mutter, „Deine feinsten Damen in den südlichen Ländern, wie Du uns selber erzählt hast, rauchen auch, und welchen Maßstab wir nach unseren Begriffen von Schicklichkeit daran legen müssen, brauche ich Dir wohl kaum zu sagen. Es beruhigt mich allerdings, wenn Du mir versicherst, daß Du das Fluchen verabscheust, nimm Dir aber deshalb selbst nicht die feinsten jener spanischen Damen zum Muster oder halte Dich entschuldigt, wenn Du ihrem Beispiele folgst.“

„Wollen wir Rauten rufen?“ fragte der Kammerherr. „Ich fürchte, er und Fränzchen werden es mir wenig Dank wissen, wenn ich ihn jetzt zu einem langweiligen Besuche abrufe.“

„Für ihn ist der Besuch nicht langweilig, Hans,“ versicherte die Mutter mit etwas gereizter Stimme, denn alle ihre schönen Ermahnungen schienen ja förmlich in den Wind gesprochen, „er weiß zu gut, was sich schickt. Wir haben auch, wie ich sehe, Dömmel bekommen, und Fränzchen hat nichts um; es ist besser, daß sie hereinkommt oder etwas umhängt — Fränzchen!“

„Mama?“

„Möchtet Ihr nicht einmal herkommen?“ Die beiden jungen Leute wandten sich, ohne ihr Gespräch zu unterbrechen, langsam dem Hause zu; Graf Rauten hörte aber kaum, zu was Hans seine Begleitung forderte, als er sich, wie es die Mutter vorhergesagt, auch augenblicklich zur Begleitung erbot, und da beide junge Herren keine weitere Toilette zu machen hatten, brachen sie schon nach wenigen Minuten auf.

„Ich kann Dir gar nicht sagen, Leopold,“ äußerte sich

Hans, als sie eine kurze Strecke schweigend nebeneinander hin und durch die Stadt gegangen waren, „was für ein sonderbares Gefühl es mir ist, hier, nachdem ich so lange abwesend gewesen und mich in allen möglichen Ländern herumgeschlagen, nicht allein den alten Platz so unverändert zu finden, nein, auch die nämlichen Menschen an den nämlichen Stellen anzutreffen. Sieh da drüben den Scherenschleifer — er kennt mich natürlich nicht mehr, aber ich ihn dafür desto besser, denn wie oft hat er mir mein Messer schleifen müssen, und als kleiner Junge stand ich manchmal Stunden lang, sah ihm zu und wunderte mich, daß die hellen Funken aus dem nassen Stein herausstiegen konnten. Sieh da drüben die dicke Bäcker'sfrau — wie vor zehn Jahren, so sieht sie jetzt noch da an ihrem Fenster und reicht Semmel auf die Straße hinaus, und die kleinen Jungen heben sich auf die Beine, um hinan zu gelangen. Diese ganze lange Zeit haben alle diese Personen ruhig in ihrem alten Gleise fortgelebt, immer, den ganzen Tag lang, die nämlichen Häuser, Fenster und Dächer vor sich gehabt, die nämlichen Menschen hin und wieder gehen sehen, und was ist seit der Zeit nicht an mir vorübergegangen! Hast Du nie ein ähnliches Gefühl gehabt, als Du von Indien zurückkehrtest?“

„Es ist möglich“ erwiderte der junge Graf, „dann bin ich mir aber dessen nie so recht bewußt geworden oder habe wenigstens nicht besonders darüber nachgedacht. Das findest Du übrigens in all' diesen kleinen Binnenstädten, wo auch ein mehr kleinliches Wirken der Bewohner den Centralpunkt bildet, um den sich Alles dreht; in Seestädten ist das ganz anders.“

„Sieh, Leopold,“ fuhr Hans fort, der jetzt ganz in seinen alten Erinnerungen schwelgte, hier an der Ecke war immer unser Kampplatz mit Schneebällen im Winter; von dort her führte mein Schulweg, und hier an der Ecke trafen wir Gymnasialisten gewöhnlich mit den Schülern der Realschule zusammen. Dann hättest Du aber die Schneebälle sehen sollen! Wer von Erntschenten es vermeiden konnte, ging um die Mittagsstunde hier sicher nicht vorüber, denn Schonung kannten wir nicht, wir waren tolle Jungen.“

Graf Rauten lächelte. „Das eigentliche Schulleben habe ich nie kennen gelernt,“ sagte er, „denn ich wurde auf unserem Gute von einem Informator, einem langweilig

trodenen Gesellen, unterrichtet und hatte auch eigentlich gar keine Spielkameraden.“

„Armer Freund,“ sagte Hans, „dann hast Du freilich eine traurige Jugend verlebt, und wer kann uns die Jugendzeit ersetzen, wenn sie uns einmal gestohlen wurde? Keine Nacht der Erde. Nein, die Erinnerung daran ist mir fast noch lieber als die jener fremden, schönen Welt, die ich da draußen schauen durfte.“

„Aber jetzt wirf Deine Zigarre fort,“ sagte der Graf, „wir sind an Ort und Stelle.“

„Hier wohnen sie?“

„Ja, in der ersten Etage; ich werde Dich führen“ — und er schritt voran in das Haus und die Treppe hinauf, wo er bald darauf an einer verschlossenen Glashür die Klingel zog.

„Die Herrschaften zu Hause?“

„Bitte, ja. Wen habe ich die Ehre zu melden?“

„Graf Rauten und Baron von Solberg.“

„Wollen die Herren nicht indessen hier eintreten?“ Der Diener öffnete das große Eckzimmer, das jedenfalls als Empfangssaal diente und geräumiger war, als man es von außen in dieser Etage vermuthet haben würde. Es war außerdem sehr elegant eingerichtet, aber auch — in diesem Moment wenigstens — nicht unbesetzt, denn Oberstleutnant von Klingendruck mit seiner ganzen Familie hatten sich ebenfalls und, wie es schien, auch nur vor wenig Augenblicken hier eingefunden, um ihren Besuch zu machen. Die Herrschaften fanden wenigstens noch und betrachteten sich ein paar Delgemälde an den Wänden.

„Ah, lieber Graf,“ rief ihn der Oberstleutnant an, wie er nur seiner ansichtig wurde, trat ihm dabei entgegen und schüttelte ihm die Hand — „freut mich sehr, Sie wieder einmal begrüßen zu können! — Wie geht es Ihnen, lieber Solberg?“

„Meine Damen,“ sagte Graf Rauten, „ich fühle mich glücklich, hier mit Ihnen zusammen zu treffen. Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen hier meinen Freund und künftigen Schwager, Hans von Solberg, vorstelle, der eben erst von einer Art von Weltfahrt zurückgekehrt ist — Oberstleutnant von Klingendruck's liebeswürdige Familie, lieber Hans.“

Hans verbeugte sich gegen die Damen und schüttelte

hält Son...
ammlun...
des Kol...
Baupen...
legen we...
Gäfte...
hält Son...
straße...
der Zo...
Antidg...
stimmt...
lich zu...
ffe (Ein...
olgende...
Destill...
Destill...
von We...
n und...
8-10...
arbeiter...
e 1 hält...
Lokale...
matsper...
hählig...
„laut...
am R...
stättfin...
den Be...
Die...
en, da...
n des...
nd sich...
iter und...
d. W...
stirgen...
Wäre...
Pflanz...
vinbild...
die pa...
Dun...
erfolgt...
der im...
ste, Be...
ster 5...
Bücher...
April...
ritt. 4...
stragen...
in der...
zu...
Öbann...
offer und...
tags 10...
ordnung...
kein...
er nicht...
n dem...
t an, ob...
n. Dem...
bean...
er bet...
aus.

für politische und da politische Vereine nicht unter sich in Verbindung treten dürfen, so erfolgt die Auflösung. Wenn nun gleich kein Mensch wird bestreiten können — so bemerkt die „Hamb. Bürgerztg.“ — daß, wenn mit derselben Etirge des Gesetzes gegen die Verbindungen der Arbeiterverbände vorgegangen würde, kein einziger derselben fortbestehen dürfte, so läßt sich doch auch andererseits nicht in Abrede stellen, daß die Polizeibehörden bei ihrem Vorgehen formell in vollem Rechte sind. Dugende von Nichtersprüchen existiren, welche den Vereinsgesetzen in Bayern und Preußen die Auslegung geben, wie sie die Polizei anwendet, und da die Arbeiter, trotz der „Fürsorge für den armen Mann“, welche bekanntlich das Dichten und Trachten unserer oberen Kreise so sehr in Anspruch nehmen soll, wissen müssen, daß ihnen gegenüber besonders die politische Repressivgesetzgebung in peinlichster Weise in Anwendung gebracht wird, so haben sie sich eben bei ihrer Betheiligung am öffentlichen Leben darnach einzurichten. Unter solchen Umständen hat man in jenen Kreisen, welche der deutschen Arbeiterbewegung und ihren Schicksalen schon seit Jahren folgen, der Centralisation der Fachvereine immer etwas skeptisch gegenüber gestanden, auf allen Fachvereins-Kongressen der letzten Jahre wurden dahingehende Stimmen laut, und wie Figura zeigt, hatten diese Warner so unrecht nicht. Jede Arbeiterverbindung, welche sich über ganz Deutschland zu verbreiten bestrebt ist, schwedt wenn sie sich nicht rein, wie z. B. die Krankenkassen, auf Unterhaltungs- und Angelegenheiten beschränkt, fortgesetzt in der Gefahr der politischen Auflösung. Diese in unserer Vereinsgesetzgebung begründete Thatsache soll nie außer Acht gelassen werden.“ — Wir können uns der Ansicht der „Hamb. Bürgerztg.“ vollständig anschließen; unter den heutigen Verhältnissen ist eine gute Centralisation der Fachvereine kaum denkbar und daher dürfte sich die dazu verwendete Arbeit schließlich als eine Sisyphosarbeit erweisen.

Der Rücktritt des Herrn v. Schorlemer-Misk wird von dem offiziellen Monitor der Zentrumspartei, der „Germania“ folgendermaßen motiviert: „Das der Schritt erfolgen würde, war bekannt; er hat infolgedessen nichts Ueberraschendes und ist ohne jede politische Ursache. Wenn auf der Schulter eines Mannes eine so schwere Arbeitslast ruht wie auf der des Freiherrn — schon die Dienste, welche er seiner engeren Heimath leistet, absorbiren eine volle Manneskraft — dann ist es natürlich, daß er sich zu entlasten sucht, wenn die Umstände es erlauben. Das hat Hr. v. Schorlemer-Misk jetzt gethan.“ — Wir haben bereits auf die „Umstände“ hingewiesen, die es dem Herrn Schorlemer „erlauben“, seine Kräfte zu einer besseren Sache aufzuopfern.

Nachdem das Dampfersubventionsgesetz zu Stande gekommen ist, beginnt jetzt der Streit darüber, welchen Hafen die subventionirten Dampfer anlaufen sollen. Während die einen für einen holländischen Hafen und zwar für Rotterdam oder Bilsingen agitiren, halten die Andern einen belgischen, Antwerpen, für geeigneter. Auswärtige Deputationen (woher?) sollen sich bereits an die maßgebenden Kreise in Berlin gewandt haben, um ihre begünstigten Wünsche durchzusetzen; es soll ihnen jedoch der Bescheid geworden sein, daß die Regierung erst das Zustandekommen der entsprechenden deutschen Unternehmungen abwarten und die betreffenden Verträge mit denselben erst selbst unter Dach haben müsse, ehe der Frage der auswärtigen Anlauf-Häfen näher getreten werden könne.

Auf Grund des Sozialistengesetzes ist das Flugblatt: „Wähler des Teltow-Beeslow-Stolow-Charlottenburger Reichstags-Wahlkreises. Auf zum Wahllampf! Die Ersatzwahl steht bevor“ und der Unterschrift: „Das Wahlkomitee“, verboten worden.

Die Neuordnung des Landpostdienstes, durch welche für das Verkehrsbedürfnis der auf dem Lande wohnenden 18 bis 19 Millionen Vorsorge getroffen werden soll, wird binnen kurzem als vorläufig abgeschlossen gelten können. In den letzten vier Jahren sind, wie verschiedene Blätter mittheilen, mit Poststellen neu versehen worden 6000 ländliche Ortschaften, und zwar mit Postagenturen 1429, mit Posthilfsstellen 4571 Orte. Hierdurch ist die Gesamtzahl der Poststellen im Reichspostgebiet auf 13 576 gestiegen, während diejenige der Telegraphenanstalten (einschließlich 353 Telegraphen-Hilfsstellen) sich auf 7527 vermehrt hat. Die Zahl der Landbriefträger ist seit 1881 von 12 480 auf 20 642 Mann vermehrt worden. Die dadurch ermöglichte Einführung zweifacher zweimaliger Bestellungen besteht schon jetzt nach 43 611 bedeutenderen Landorten (gegen 3015 Orte im März 1881), mithin in einem bisher von keiner anderen Postverwaltung erreichten Umfange. Viele dieser Ortschaften werden von den bestellenden Boten auf dem Rückwege noch einmal berührt, so daß zweifach zweimalige Gelegenheit auch persönlichen Verkehr mit dem Landbriefträger (dehufs Einlieferung von Sendungen, Einkauf von Freimarken etc.) geboten ist. Zweifach zweimalige Einsammlung bei einmaliger

dem Oberlieutenant, dessen dickes, gemüthliches Gesicht ihm schon gleich von Anfang an gefallen, die Hand. „Ich hatte ja schon neulich das Vergnügen“, sagte er, „Sie drüben bei...“

„Ja wohl“, unterbrach ihn der Oberlieutenant rasch, denn ihm lag in diesem Augenblick gar nichts daran, das unglückselige Bierhaus hier wieder vor seiner Gattin erwähnt zu hören, „ich hatte die Ehre — freue mich recht, Ihnen wieder zu begegnen. Nun, haben Sie sich schon ordentlich bei uns eingebürgert?“

Hans wurde die Antwort erspart, denn gerade jetzt öffneten sich die beiden Flügel der mittleren Thür, und Herr und Frau von Schaller, von ihrer Tochter gefolgt, traten mit dem lebenswürdigsten Lächeln, aber in voller Toilette in den Saal.

„Aber das ist mir ja eine große, große Freude!“ rief Schaller, indem er auf seinen alten Freund Klingensbruch mit langen Schritten zustrief und seine beiden Hände ergriß und schüttelte. „Meine Damen, ich grüße Sie von ganzem Herzen — lieber Graf Rauten, wie immer willkommen — und hier?“

„Hans von Solberg, lieber Baron, der Ihnen seine Aufwartung zu machen wünscht...“

„Mein lieber Herr von Solberg, wie ich mich freue, Sie wanderlustigen Menschen einmal hier fest zwischen meinen vier Pfählen zu haben! Aber die Damen — Rosamunda, liebe Frau — hier der junge Solberg — Kathinka, mein Herz — ein lebendiger Peruaner! Und nun, meine verehrte Frau Oberlieutenant und diese lebenswürdigen jungen Damen Ihre Töchter — ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie glücklich ich bin, daß wir Nachbarn geworden sind, und ich hoffe, wir sollen nun auch gute Nachbarschaft halten, wie es alten Freunden, die Ihr Mann und ich nun einmal sind, auch ziemt...“

„Aber wollen denn die Herrschaften nicht Platz nehmen?“ sagte Rosamunda, die Gattin des Herrn von Schaller, die, wenn auch schon in den vierzigern, doch immer noch sehr jugendlich gekleidet ging und sich besonders von ihren langen Hängeloden nicht hatte trennen können. „Bitte, meine Damen — bitte, Herr Oberlieutenant — Herr von Solberg — lieber Graf...“

Der Oberlieutenant war den ganzen ausgeschlagenen

Bestellung findet in 21 908 Landorten (gegen 3502 im März 1881) statt. Für die Beschleunigung des Landpostdienstes und namentlich für die Erleichterung des Briefverkehrs ist durch die Ausrichtung von 1153 Landbriefträgern mit Fuhrwerk geforgt worden. Auf die Verbesserung der Postverbindungen der kleineren, abseits der Eisenbahn gelegenen Postanstalten, sowie auf Schaffung billiger Reisegelegenheiten wird unablässig Bedacht genommen. Schon jetzt haben 7512 der bedeutendsten Landorte Theil daran, und die fernere Verdichtung dieses Landpostnetzes steht in Aussicht. — Die Resultate sind recht erfreulich. Es wäre nur zu wünschen, daß die kolossalen Ueberschüsse der Post- und Telegraphen-Verwaltung, mehr wie bisher zu Gehaltsaufbesserungen der in diesem Fache arbeitenden Subalternbeamten, und namentlich für Verbesserung der Gehälter der Wind- und Wetter ganz besonders ausgezeichneten Landbriefträger, verwendet würden.

Im Reichsversicherungsamte hat in der letzten Zeit lebhafteste Thätigkeit geherrscht. Wie verlautet, werden in diesen Tagen die Arbeiten zu einer neuen, höchst umfangreichen Denkschrift an den Bundesrath mit Vorschlägen zur Bildung von Berufsgenossenschaften abgeschlossen werden. Diese neuen Vorschläge sind von Bedeutung, weil namentlich durch den Beschluß des Bundesrathes entschieden werden muß, ob die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge, den in einzelnen deutschen Landestheilen stark entwickelten Industrien die Errichtung besonderer Berufsgenossenschaften zu gestatten, zur Bewirkung gelangen sollen. Solche Sonderanträge waren namentlich von Angehörigen der Textilindustrie, z. B. in Elbst-Lothringen und im Königreich Sachsen gestellt. Die Entscheidung des Bundesrathes hierüber hat nicht geringe prinzipielle Bedeutung, da von vornherein bei Einbringung des Gesetzentwurfes über die Unfallversicherung hauptsächlich die Bildung von Berufsgenossenschaften über das ganze Reich ins Auge gefaßt war und Abzweigungen für einzelne deutsche Gebietsbeile nur ausnahmsweise zugelassen werden sollen. Diesen Standpunkt hält das Reichsversicherungsamte auch jetzt noch fest, und es dürfte dessen Anträge auch in diesem Sinne erfolgen. Welche Entscheidung der Bundesrath treffen wird, läßt sich noch nicht sagen, doch hat er schon einmal sich dahin entschieden, daß dem Reichsversicherungsamte in allen Fällen die Initiative zu Vorschlägen überlassen werden soll.

Der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung die neuen Vorlagen, darunter auch den Auslieferungsvertrag mit Rußland, den Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Von Wichtigkeit ist, unter den gefaßten Beschlüssen, nur eine von den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr beantragte Abänderung der am 20. Februar beschlossenen Ausführungsbestimmungen zum Sperrgesetz. Es ist bekanntlich angeordnet worden, daß der frühere geringere Zollsatz nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn durch diesen Vertrag die unmittelbare Lieferung der Waare nach dem Hollinlande bedungen worden ist. Da es aber allgemein üblicher Handelsgebrauch ist, daß beim Bezuge von Waaren aus überseeischen Ländern — abgesehen von dem Verkehr auf der Ostsee — die Lieferung der Waare nach einem der zwischen Havre und Hamburg gelegenen Häfen vereinbart wird, wobei es dem Käufer überlassen bleibt, für den Weitertransport der Waare vom Ablieferungshafen selbst zu sorgen, so ergab sich die Nothwendigkeit, schon aus Billigkeitsrücksichten die vom Bundesrath gestellte Bedingung, daß die unmittelbare Lieferung der Waare nach dem Hollinlande bedungen sein müsse, nicht zu eng zu interpretiren. Der Bundesrath hat daher in Plenum dem Antrag des Ausschusses zugestimmt und die Ausführungsbestimmungen zum Sperrgesetz dahingehend interpretirt, daß die Bestimmungen des § 1, Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Februar d. J. auch auf solche Waaren Anwendung finden, welche über Häfen des Hollinlandes eingeführt werden, wenn der Nachweis erbracht wird, daß aus der Zeit vor dem 15. Januar d. J. Thatsachen vorliegen, aus welchen hervorgeht, daß die Waaren schon damals zur Einfuhr in das Hollinland bestimmt waren; b) die Prüfung der Thatsachen, aus welchen hervorgehen soll, daß die Waare schon vor dem 15. Januar d. J. zur Einfuhr in das Hollinland bestimmt war, im einzelnen Falle den obersten Landes-Finanzbehörden übertragen wird und c) der Voraussetzung Ausdruck gegeben wird, daß die in Rede stehenden Sendungen bei der Umladung in den ausländischen Häfen weder eine Umpackung noch eine Lagerung erfahren dürfen.

Aus Mainz wird der „Frankf. Btg.“ berichtet, daß der unter der Aufsicht des Landesvertrahs inhaftirte und nach Leipzig abgeführte Journalist Rudolf Köttger bis jetzt noch nicht entlassen ist, vielmehr noch vor einigen Tagen in der gegen ihn gerichteten Klagesache Zeugenaussagen stattgefunden haben. Hiernach gewinnt es den Anschein, daß die Untersuchung bis jetzt doch nicht niedergeschlagen ist, wie man seither anzunehmen versucht war.

Zum russisch-englischen Konflikt. Erst zettelten die Russen einen Krawall in der abgbanischen Stadt Pendsch an und

Tag auf den Füßen gewesen und wirklich ein wenig müde geworden; er benutzte denn auch die Erlaubniß und ließ sich, da gerade ein gefidter Sessel neben ihm stand, auf diesen nieder, fuhr aber auch in demselben Moment wie von einer Raiter gestochen wieder in die Höhe, denn der Stuhl unter ihm fing an, Musik zu machen, und spielte jetzt den Marsch aus Gounod's „Faust“, als ob er nur besonders zu dem Zwecke hier mitten in die Stube hineingefetzt wäre.

Hans hatte gerade zufällig sein Auge auf den Oberlieutenant gehabt, als er Platz nehmen wollte, und dessen Schred und Auffpringen hatte so unendlich komisch ausgesehen, daß er sich nicht helfen konnte und gerabeheraus lachte; am lautesten aber lachten die beiden jungen Damen, Henriette und Flora, und Oberlieutenant von Klingensbruch betrachtete sich noch immer dabei aufmerksam und zugleich mißtrauisch den merkwürdigen Stuhl.

„Aber so seh' Dich doch, lieber Klingensbruch!“ rief ihm von Schaller lachend zu. „Wovor fürchtest Du Dich denn?“

„Sehen?“ sagte verwundert der Oberlieutenant. „Auf die Spielbese? Ich bin nur aus Bersehen darauf gekommen.“

„Hahahaha“, lachte von Schaller, „Du bist göttlich, Klingensbruch, immer noch der Alte — aber die übrigen Herrschaften nehmen auch nicht Platz — ich bitte Sie, meine Damen!“

Thatsache war, daß sich Jeder wirklich fürchtete, irgend einen der gepolsterten Stühle zu benutzen, weil man bei jedem etwas Ähnliches vermuthete, und Frau v. Schaller gab dem Gedanken endlich Worte:

„Ach, meine Damen“, sagte sie mit ihrer etwas süßlichen Stimme, „bitte, setzen Sie sich; das ist der einzige musikalische Stuhl, den wir haben — eine unglückselige Idee von meinem lieben Manne, der mich damit an meinem letzten Geburtstag überraschte. Die anderen Sessel sind ganz unversänglicher Art — bitte, nehmen Sie Platz.“

Die Damen ließen sich endlich dazu bewegen, aber noch immer etwas mißtrauisch, und selbst Hans brückte erst vorsichtig mit der Hand auf den nächsten Fauteuil, dem er sich anvertrauen wollte — man konnte eben nicht

hinterher mußte der Krawall ihnen den Vorwand liefern Einrückten in die Stadt, um die „Ordnung“ herzustellen, haben es sich denn auch bereits sehr bequem gemacht, die waltung in die Hand genommen und harren nun der die da kommen sollen. Neueren Nachrichten zufolge ist auch in der Hauptstadt Herat zu einem Rußisch gekommen. Wenn sich die Nachricht bewahrheitet, so dürfte auch dazu der Rußel sein Theil mit beigetragen haben. Nachdem sich nun einmal im Besitz der Russen befindet, werden sicher nicht wieder herausgeben; es verlautet bereits, daß nur unter der Bedingung von kriegerischem Abstand nehmen das Pendsch dauernd Rußland einverleibt wird. Ein begünstigtes Telegramm meldet: „Der der russischen in London beigegebene Ingenieur Vessar erklärte heute einen Zeitungsredakteur, die Abtretung von Pendsch an Land bilde die Basis der Forderungen Rußlands, die Okkupation von Pendsch durch die Afghanen keine auf einen dauerhaften Frieden gewährte. Es sei gegenüber starke Hoffnung auf ein befriedigendes Abkommen zwischen England und Rußland vorhanden.“ — Herr Gladstone sich sicherlich, wenn auch mit schmerzlicher Miene bereit lassen, dieser Bedingung zuzustimmen.

Frankreich.

Telegramme vom Kriegsschauplatz berichten von Gefechten zwischen Chinesen und Franzosen, in welchen Franzosen angeblich Sieger blieben. Die Chinesen sollen dem Friedensabluß noch keine Kenntniß gehabt haben. Telegramm des Admirals Courbet meldet, der Kreuzer „Albatros“ habe noch vor der Notifikation der Friedenspräliminarien ein chinesisches Schiff, welches eine Besatzung von 750 Soldaten und Offizieren und drei Mandarinen an Bord hatte, genommen.

Spanien.

In Spanien soll bereits seit längerer Zeit die Cholera wiederum ausgebrochen sein. Schon seit etwa acht Wochen lagern Nachrichten vor, wonach in dem Städten Jativa, Provinz Valencia, eine gefährliche epidemische Krankheit ausgebrochen war; aber man bezeichnete die Krankheit als ein gastrisches Fieber und bestritt hartnäckig, daß sie einen choleraartigen Charakter trüge. Auch nach einer im Pariser „L'Estim“ vorliegenden Depesche aus Madrid wird von dem Gouverneur der Provinz Valencia entschieden in Abrede gestellt, daß Cholerafälle vorgekommen sind. Andererseits hat aber der spanische Minister des Innern bereits zugestanden, daß die Cholera sich also nur gesittlich die Thatsachen zu verifiziren, die französische Regierung hat sich vorläufig damit begnügt, dreitägige Quarantäne gegen alle Provenienzen aus Spanien zu verfügen; nach den Erklärungen des spanischen Ministers ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Quarantäne auf längeren Zeitraum ausgedehnt wird.

Rußland.

Die frühere Angabe, Degasoff, der Rörder Sybil sei ergriffen, hat sich nicht bewahrheitet, wohl aber einen der Komplizen Degasoff's erfaßt. Durch vorgeworfene Korrespondenzen wurde die Polizei auf weitere Spuren geführt und nahm auch einige Verhaftungen vor. In Frankreich geriet auch ein Beamter des Finanzministeriums, konnte man wegen mangelnder Beweise — eine Hausdurchsuchung fruchtlos ausgefallen — dem Manne nicht beikommen, man neulich die Schranke im Arbeitszimmer des Beamten im Finanzministerium untersuchte, fanden sich dort gravirende Schriftstücke, daß die Polizei sofort zur Verhaftung schritt.

Warschau. Anlässlich der Gerüchte von dem Tode englischer Agitatoren in Polen bemerkt der „Dnewnik“, er wolle dahingestellt sein lassen, ob diese Gerüchte begründet seien oder nicht; es sei ihm jedoch angenehmer, klären zu können, daß die durch diese Gerüchte hervorgerufenen Auslassungen der ausländischen, wie der lokalen Presse einmüthig gegen eine solche Agitation protestiren vor den Agitatoren warnen.

Großbritannien.

Im Londoner Hydepark wurde am Sonntag Nachmittags ein von der sozialdemokratischen Föderation organisiertes beschaftigungsloser Arbeiter abgehalten. Der Arbeiterführer Gynman hielt eine längere Rede. Die gefaßten Beschlüsse forderten die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden Tag in allen Werken, sowie die unverzügliche Beschäftigung der Arbeitslosen auf Staatskosten. — Wie die „Daily News“ meldet, beschäftigt sich die gegenwärtig in London tagende englisch-deutsche Kommission auch mit der Frage, ob es möglich wäre, den Verkauf berauschender Getränke unter Eingeborenen der westlichen Südpoleiseln, die entweder englischer oder deutscher Obrikeit gestellt sind, zu verbieten oder zu beschränken. Die Kommission bezweckt, wenn möglich

wissen. Frau von Schaller hatte aber die Wahrheit gesprochen; und während der eine Sessel unversehrt Marsch fortspielete und der Oberlieutenant natürlich vermocht werden konnte, wieder darauf niederzusteigen, sich einen anderen Stuhl herbeiholte, kam die Besetzung endlich zu einer Art von Ruhe.

Die jungen Damen hatten sich natürlich dicht an einander gesetzt, und die beiden jungen Fräulein von Klingensbruch, während Kathinka lange nicht so lebhaft am Gespräch einging, plauderten bald von den Dingen, die am meisten interessirten — von dem nächsten Ball bei Schallers, der auch diesmal wohl die Saison beschließen würde, denn das Wetter war heute, obgleich noch im März schon vollkommen sommerlich. Herr von Schaller in dem mit einer außerordentlichen Lebhaftigkeit, fuhr fort, während zwischen seinem Besuche herum, hatte bald hier, da eine pikante Bemerkung, zischelte dem Oberlieutenant nach seiner Frau hinüber warf und dann urplötzlich lachen in eine Art von Krampfschüßen fiel, und rief einmal, als ob er über irgend etwas zum Tode erschrocken wäre:

„Aber, meine Herren, Sie rauchen ja nicht! Kathinka entartete Tochter Deines Vaters, warum bist Du so aufmerksam?“

„Aber, bester Baron“, sagte Graf Rauten, „ich bin Ihrem Damensalon...“

„Gibt es gar kein Unterschied, bester Graf!“ rief von Schaller in fröhlicher Laune. „Darum hat sich meine liebe Frau so vortrefflich gehalten, weil ich sie so gut rauchert habe!“

„Aber, Theodor“, rief die gnädige Frau empört, „bist ja ein wahres — ein wahrhaft ungezogener Mensch. Was müssen denn die Damen von Dir denken...“

„Aber, bestes Herzblättchen, war denn das nicht die größte Schmeichelei, die ich Dir sagen konnte?“ rief von Schaller vergnügt aus. „Wer Dich so sieht, der sieht nicht im Stande sein, Dein Alter zu errathen!“

„Mein Alter“, sagte Frau von Schaller verächtlich, „Du bist wieder einmal unaussprechlich, Theodor, und jedesmal, wenn wir Besuch bei uns sehen. Sie müssen

zwischen Träger werth

D nimmt, Verhält des an M. La Montia halten, zu wick M. La der D Beamte vergriff Rede sobann Folgen Antwo Die 3 Reiter Bureau öffnen daß ei ve ständ ländlich Times Bisha's wird, w der brit Friedens notlwen so sind die Tru

Ein Friedens mal a allgem Republik Friedens acuren

Der um 5/4 scheiden Mitglied denen w errennt von 10 1/2 täglich ordnen.

Die im Jahre Rewahl Ersatzwal besteht.

Die den Mag berichteten für st lassen. gistrat ein bal, ein (Bravo!) theilt, ist eine Reiso gung dar Magistra des Chre (Ause.)

Der die Stige auf de hat sich L den, Sta wählt. Die 1/2 zwischen die belegen betragung

wirklich e nignst's Raitz gelomme schränktheichte. „Ich diejer ab

„In leicht?“ Klin seine Gat Gesprüch preis brg er öffnete eben so v denn wie eigentüm dem Fall haben.

Der heraus, u und sah i Anglud lieutenan haben Klän Hans folg

Das auch um solchen er der Fall i wartet, b bald wied recht zu schlagen.

Hans er augenb ihm noch hier so v lichen Ein Der

er. Wie man auf der Welt sein Glück machen kann. In Jedermanns Erinnerung dürfte wohl noch der „pilante“ Projekt stehen, der sich zwischen einem italienischen Sänger und einer sittenlosen, überspannten Berliner Kaufmannsgattin abspielte. Ein solches „sensationelles“ Ereignis ist immer noch vielen Richtungen hin interessant und lehrreich, wir würden jedoch auf dasselbe schwerlich noch einmal zurückkommen, wenn dasselbe nicht noch neuerdings in einer Weise ausgenützt würde, die uns denn doch der Beobachtung werth scheint. Es ist unsern Lesern bekannt, daß jene Dame sich den Luxus leistete, sich einen Liebhaber für 200 Mark monatlich — um das richtige Wort zu gebrauchen — einfach auszubahlen. Schon dieses Verhältniß wirkt das einzig treffende Schlaglicht auf den Charakter dieser beiden „Liebenden“. Im gewöhnlichen Leben blüht man mit unverhöhlener Verachtung auf ein weibliches Wesen, welches die ihm von Natur angeborne Scheu und Zurückhaltung soweit ablegt, daß sie von einem Manne nur für die Beweise ihrer Uneigenschaft annimmt oder sich von ihm vollständig unterhalten läßt. Es ist aber noch viel schmachvoller, wenn das Verhältniß ein umgekehrtes ist, wenn ein Mann so tief sinkt, daß er sich einem reichen, zügellosen Weibe völlig preisgibt — nur um des Geldes willen, nur weil ihm das Weib einen mühelosen Lebensunterhalt verschafft. Ein solcher Mann erniedrigt sich ebenso wie die Frau unter sich selbst, sie werfen sich gegenseitig weg, freilich spielt sich das Ende eines solchen „Verhältnisses“ nur in vereinzelten Fällen vor dem Gerichtshofe ab, da man in jenen Kreisen, wo so etwas hauptsächlich vorkommt, die ganze Sache gewöhnlich lieber mit Geld löst als macht. Geradezu empörend ist es jedoch, wenn solche Leute, die in den Augen eines jeden anständigen Menschen doch ganz gewiß mit einem moralischen Makel behaftet sind, noch „spekulativen Köpfen“ dienen sollen, um durch den „pilanten Nimbus“, der ihre Person in Folge der aufsehenerregenden Gerichtsverhandlung umgiebt, Geld zusammenzuschlagen. Was müssen wohl diejenigen Leute, die sich nicht entblenden, in dieser Weise auf die unlautere Neugierde des Publikums zu rechnen, für Begriffe von der Wohlthätigkeit der Berliner Theaterbesucher haben! In verschiedenen hiesigen Zeitungen wird, als ob es sich um etwas Selbstverständliches handelte, folgende Ankündigung veröffentlicht: „Enrico Gargiulo, der Held jenes seltenen Liebesromans, welcher kürzlich die hiesige Strafkammer beschäftigte, scheint in der That ein arger Don Juan zu sein, dem auch in der Heimath manches Mädchen zum Opfer gefallen ist. Während der junge Italiener augenblicklich hinter Kerlermauern sitzt, ist von einer Dame aus Verona an denselben eine schwärmerische Canzonetta eingegangen, welche demselben ein Gemisch von Empfindungen glühender Leidenschaft und heftiger Rachsucht übermittelt. Hoffentlich wird diese dichterische Gabe für ihn ein Trost in seiner Einsamkeit sein. Uebrigens soll sich ein spekulativer Kopf ernstlich mit dem Gedanken tragen, dem jungen italienischen Engagemant in einem der hiesigen Spezialitäten-Theater zu vermitteln.“ Also so weit hat sich auch bei uns schon die Spekulation verfliegen! Der ausgehaltene Liebhaber einer „Dame“, für den man im gewöhnlichen Leben eine ganz andere Bezeichnung hat, soll sich dem Berliner Publikum zeigen. Vielleicht verrechnet sich der „spekulative Kopf“ auch garnicht, denn man hat schon so viel von den schwarzen, schwärmerischen Augen dieses „angenehmen Schwerenöbers“ gelesen, sein zerlicher kleiner Schnurrbart ist so ausführlich beschrieben worden, daß sich gewiß eine ganze Anzahl von „Damen“ den Genuß nicht verlagern wird, diesen schwergeputzten hochinteressanten jungen Mann einmal von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Und vielleicht entwickelt sich für diesen Daraus wieder die angenehme Aussicht, noch eine Gans zu finden, die ihm für sein „Mandolinenspiel“ 200 Mark monatlich zahlt! Wahrlich, manchen Menschen wird das Leben doch so leicht gemacht. Offenlich wird aber dem „spekulativen Kopf“ mit seinem italienischen Sangesbruder ein recht wirksamer Niegel vorgeschoben, denn der anständige Theil des Berliner Publikums, nicht nur derjenige, der sich so lösspielige Liebhaber hält, wird jedenfalls recht energisch gegen den Herrn aus den Gefilden Italiens protestiren. Er mag sich an der einen Eroberung, die ihm ja recht leicht in den Schooß gefallen ist, genügen lassen, und nach Verbüßung seiner Strafe möglichst schnell dem profaischen, durchaus nicht romantisch veranlagten Berlin den Rücken kehren. Der Aufenthalt in Blögensee wird sein Feuer gewiß etwas abkühlen, allerdings ist es wahrscheinlich, daß ihn gerade der düstere Ketter in den Augen aventuriersüchtiger Damen noch angehender macht. Nun, mag die Sache liegen, wie sie will, jedenfalls sieht man, daß für gewisse Geschäftsleute und für ein gewisses Publikum keine Person oder kein Gegenstand zu anständig und schmutzig sein kann, um nicht noch in der einen oder anderen Weise Kapital aus denselben zu schlagen.

das Gespräch einen Moment stockte, tönte unter dem Sopha hervor aus einer anbern, heimlich in einer Fußbank angebrachten Spielboxe „Heil Dir im Siegerkranz“ heraus. „Ach, Du mein Gott, bin ich erschrocken,“ sagte Flora, schob ihre Kleider zusammen und blickte scheu nach unten; ich kam nur ganz zufällig mit dem Fuße auf etwas. „Retter des Vaterlandes,“ mustzirte aber die Fußbank weiter, und von Schaller wollte sich halb tot über die Ueberraschung lachen. Aber der Besuch mußte abgebrochen werden, denn die auf dem Schreibtische stehende Bronze-Uhr holte eben zum Schläge aus; es war sechs Uhr und bald Theaterzeit. Raum hatte sie aber ausgeschlagen — und die Fußbank war noch nicht einmal fertig — da begann auch dort ein Spielwerk! „Oh, Du mein holder Abendstern!“ „Nicht Röh, nicht Reifige.“ Spielte die Fußbank. „Wohl grüßt ich immer Dich so gern,“ antwortete die Uhr — die ganze Welt war musikalisch geworden und man hätte dazwischen verrückt werden können. Aber der Besuch war wenigstens vollbracht. Hans sprang von seinem Sitz empor, nicht ohne einen leisen Verdacht gegen seinen Stuhl, daß auch der bei dieser rascheren Bewegung eine musikalische Laune bekommen könne, aber er hatte ihm Unrecht gethan; er trug kein Falsch und kein Spielwerk in sich, und jetzt begann wieder, da auch Klingensbruchs die Zeit zum Aufbruch für passend hielt, das gewöhnliche Händeschütteln und Bitten um baldige Wiederholung des Besuchs und Gegeneinladungen, wie gewöhnlich. Unten auf der Straße verabschiedeten sich die jungen Leute von Klingensbruchs, die gleich nebenan in ihr Haus gingen, aber nicht ohne eine sehr freundliche Einladung erhalten zu haben, auch bei ihnen vorzusprechen, und schlenderten dann wieder mitkommen die Straße hinauf. „Leopold,“ sagte Hans, der noch eine Weile still vor sich hin gelacht, wenn er an die eben erst verlassene musikalische Zimmereinrichtung zurückdachte, „was sind Schallers eigentlich für Leute? Ich bin nicht recht aus ihnen klug geworden, denn sehr aristokratisch sehen mir, aufrichtig gesagt, Beide nicht aus.“ (Fortsetzung folgt.)

Gerichte referirt. Der Ausschuss empfiehlt, sich mit dem Anlauf des von dem Kaufmann G. E. Dellschau angebotenen betr. Grundstücks-Komplexes mit einem Gesamtflächeninhalt von 15 013 Quadratmeter zum Preise von 5 M. pro Quadratmeter (statt 7,33 M.) also für 750,65 M., einverstanden zu erklären. — Stadtkammer Ronge vertheidigt den vorgeschlagenen Preis von 7,33 M., ebenso Stadtk. Namslau, während die Stadtk. Löwel, Limprecht, Salge und Talle für den Vorschlag des Ausschusses eintreten und Stadtk. Schulrat Dr. Bertram die Nothwendigkeit des Anlaufes betont. Der Ausschussantrag wird schließlich angenommen.

Mit der Erwerbung der zur Verbreiterung der Staligerstraße von dem Grundstück des Maurermeisters Diehr in der Staligerstraße, Ecke der Admiralstr. 40, erforderlichen Fläche erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Verpachtung des gesamten, auf dem städtischen Central-Vieh- und Schlachthof produzierten Düngers ist vom 1. April c. ab auf die Dauer von 5 Jahren an den Amtmann Schrobbsdorf hier zum Preise von 23 Pfennig gegen bisher 20 Pfennig pro Fentner erfolgt. Die Erhöhung des Pachtgeldes ist nur unter der Bedingung erfolgt, daß unmittelbar an den Eisenbahngleisen eine Düngersammelstelle hergerichtet wird. Der Magistrat beantragt nunmehr die Erleichterung einer solchen Düngersammelstelle und ersucht um die Bewilligung der erforderlichen Mittel in Höhe von 13 800 M. Die Versammlung spricht diese Bewilligung nach längerer Debatte aus.

Das vorliegende Projekt zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule nebst Turnhalle und Lehrerwohngebäude auf dem ehemaligen Runheim'schen Grundstück in der Bergmannstraße, welches mit einer Gesamt-Rostensumme von 325 000 M. abschließt, wird von der Versammlung genehmigt; auf Antrag des Stadtk. Harstedt giebt die Versammlung aber dem Magistrat zur Erwägung anheim, ob zwei Konferenzzimmer in der vorgeschlagenen Ausdehnung nothwendig sind.

Bezüglich der Gestaltung des Vorplatzes an der Südwestseite des Stadtbahnhofes Alexanderplatz ersucht der Magistrat um folgende Beschlussefassung: „Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß nach Maßgabe der vorliegenden Pläne für den südwestlichen Vorplatz am Bahnhofe Alexanderplatz, und zwar für die südwestliche Seite desselben, eine Bauaufsicht zur Festsetzung gebracht und der Vorplatz selbst demnach als öffentliche Straße in die Unterhaltung der Stadtgemeinde übernommen wird, unter den Bedingungen, daß 1. das Straßengrund unentgeltlich und pfandfrei an die Stadtgemeinde aufzulassen wird; 2) die unter und über dem Straßengrund vorhandenen Beleuchtungs- u. Anlagen in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen; 3. der Unternehmer das vorhandene Straßengrund, soweit erforderlich, in den vorchriftsmäßigen Zustand versetzt, sowie 4. der Unternehmer für die noch ausstehende Herstellung der zur Entwässerung erforderlichen Kanalisationsleitungen einen Kostenbeitrag von 50 M. für das laufende Meter die Frontlänge seiner Grundstücke zahlt.“ — Stadtk. de Rove stellt als Amendement die Bedingung, daß die durch die Gitter versperrten Zugänge von der Königsstraße aus zur Disposition der Stadt gehalten werden. Mit diesem Amendement wird die Magistratsvorlage angenommen.

Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr. Am Magistratsrathe: Rämmerer Ronge, Stadtbaurath Blankenstein, Stadtrathe Porchardt, Voigt, Krause, Stadthagen.

Eine interessante Verwaltungsstreitsache, Magistrat kontra Polizeipräsidium, ist wiederum zu Gunsten des ersteren vom Bezirksauschuss entschieden worden. Der Magistrat hatte die Gerichtsstrassenbrücke neugebaut, dieselbe gleich mit dem vorgeschriebenen Normalpflaster versehen und in dieses, um einem späteren Aufreißen dieser guten Befestigung vorzubeugen, gleich die Schienen der Pferdebahn in 17 Meter Länge eingelegt, welche Pferdebahn im Prinzip zwischen den verschiedenen Behörden unter Zustimmung des Reformministers genehmigt ist, wenn auch die Erlaubniß zur Inangriffnahme erst noch erteilt werden muß. Das Polizeipräsidium hatte die Herausnahme der Schienen auf Grund § 55 des Jubiläumsgesetzes verlangt und die Herausnahme vorläufig festgesetzt. Die Stadtgemeinde klagte nunmehr nach § 128 des Landesverwaltungs-Gesetzes auf Aufhebung der Festsetzung, indem sie ausführte, das Polizeipräsidium sei in der Sache unzuständig, überdies sei die Pflasterung einschließlich der Schienen auf der Brücke und an den Uebergangsstellen nach dem liegengebliebenen Pflaster hin eine Verbesserung gegen den früheren Zustand. — Der Gerichtshof erkannte, ohne Angabe von Gründen, auf Aufhebung des Polizeirefoluts zu Gunsten des Magistrats von Berlin.

interessanteste Persönlichkeit; eine lange, schwächliche, aber merkwürdig gelenke Gestalt und fortwährend beweglich, mit der Zunge wie mit den Gliedern. Etwas Aristokratisches hatte er im Grunde genommen nicht, oder zeigte es doch wenigstens nicht in dieser Stunde, aber er war augenscheinlich ein Weltmann, und das nicht große, aber klare, hellgraue und stets bewegliche Auge blitzte unter der hohen, schon etwas kahl werdenden Stirn nach allen Seiten unablässig hinüber und schien keinen der Gäste auch nur für einen Moment außer Acht zu lassen. Dabei hatte er eine Eigenthümlichkeit, ein Zinkern des linken Auges, mit dem er aber ganze Planken beschloß, so daß man nie genau unterscheiden oder bestimmen konnte, wem er zublinzte und ob man nicht selber damit gemeint sei, was die mit ihm Verkehrenden gewissermaßen in einer steten Aufmerksamkeit hielt.

Seine Frau war eine ästhetische Gans, davon fühlte sich Hans gleich nach den ersten zehn Minuten überzeugt. Sie hatte in einer kaum Minuten langen Unterredung mit ihm schon für alle Klaffter geschwärmt und mit Entzücken von dem letzten Konzerte alter Musik gesprochen; dabei warf sie ihre langen Schwachhalsen so kokett wie ein junges Mädchen herüber und hinüber und spielte dazwischen mit ihrer Korallenschnur, um ihre allerdings noch sehr hübsche weiße Hand zu zeigen.

Und die jungen Damen? Es waren wirklich drei reizende Gestalten, wie sie da beisammen saßen und mit einander so harmlos plauderten, als ob sie sich in der Welt um nichts Anderes kümmerten; aber wie blühten die lebendigen Augen indeß umher, und Hans konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß sie sich in diesem Moment jedenfalls über ihn unterhielten — in Wirklichkeit hatten sie fast noch von nichts Anderem mit einander geredet.

Die Frau Oberstlieutenant gefiel ihm am wenigsten; sie sah steif und vornehm da, und nur der Blick, den sie manchmal nach dem vergnügt vor sich hin rauchenden Gatten warf, sprach Bände. Hans lächelte leise vor sich, wenn er sich den gemüthlichen kleinen Oberstlieutenant bei einer Gardinenpredigt dachte. Da rief Flora v. Ringensbruch einen leisen Schrei aus, und als sich ihr alle Blicke rasch und erstaunt zuwandten und

zwischen den zwei Mächten eine gleichförmige Politik über alle Fragen, mit Bezug auf welche ein Einvernehmen wünschenswerth ist, zu vereinbaren.

Ägypten.

Der Zwischenfall in Beirut des „Bosphore Ägyptien“ nimmt, wie englischen Blättern aus Kairo berichtet wird, erste Verhältnisse an, und man glaubt, daß er selbst zum Sturze des anglo-ägyptischen Ministers Rubar Pascha's führen dürfte. M. Taillandier, der französische General-Konsul, sprach am Montag bei Rubar vor und sagte, er habe Instruktionen erhalten, für die Unterdrückung der Zeitung volle Genugthuung zu verlangen. Rubar fragte, was gewünscht werde? worauf M. Taillandier erwiderte: „Die unverzügliche Wiedereröffnung der Druckerei des „Bosphore“ und die Entlassung des Beamten, der sich an dem französischen Konsulatskanzler vergriff.“ Der Minister entgegnete, daß davon nicht die Rede sein könne, und der Generalkonsul verlangte sodann zu wissen, ob Rubar Pascha vorbereitet sei, die Folgen der Weigerung zu tragen. Auf eine kurze bejahende Antwort verließ der Generalkonsul das Ministerium. Die Lage ist zweifellos eine gespannte. Dem Drucker der Zeitung wurde mitgetheilt, wenn er sich morgen in seinem Bureau einfinden würde, könne er die Druckerei wiederum eröffnen und sein Geschäft fortsetzen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß er nicht ferner den „Bosphore“ drucken wolle. Selbstverständlich hat er die ganze Mitteilung ignoriert. Das ausländische Element und die Palast-Partei jubeln, so wird der „Times“ geschrieben, bei der Aussicht auf den Rücktritt Rubar Pascha's. Es bleibt abzuwarten, ob England ihn opfern lassen wird, weil er einen Schritt gethan hat, der sowohl im Interesse der britischen Autorität hier selbst, als auch im Interesse des Friedens und der Ruhe Ägyptens im Allgemeinen absolut nothwendig war. — Da der Polizeichef Aufseherungen fürchtet, so sind seit Dienstag Abend die Wachtposten verdoppelt, und die Truppen werden in den Kasernen gehalten.

Amerika.

Ein Telegramm aus La Libertad meldet: Grundlagen des Friedens wurden heute von San Salvador und Guatemala akzeptirt; die Feindseligkeiten haben aufgehört; eine allgemeine Amnestie wird verkündet. Die Bevollmächtigten der Republiken sollen demnach zum Abschluß eines definitiven Friedensvertrages in Acojulla zusammentreten. Nach einer neueren Depesche ist der Frieden bereits perfekt geworden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom 16. April. Der Vorsteher Dr. Strachmann eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung von dem plötzlichen Hinscheiden des Stadtk. Schlesier, der seit dem Januar 1881 Mitglied der Versammlung war. Dem Andenken des Verstorbenen widmet der Vorsteher Worte ehrender Anerkennung und ernannt zur Theilnahme an der Beerdigung eine Deputation von 10 Mitgliedern. Der Magistrat soll ersucht werden, bezüglich der erforderlichen Neuwahl das Erforderliche anzuordnen.

Die Wahlzeit des Stadtschulraths Dr. Bertram läuft im Jahre 1888 ab. Die erforderlichen Vorbereitungen für die Neuwahl werden dem Ausschusse überwiesen, welcher für die Ersetzung an Stelle des verstorbenen Stadtraths Dr. Stort besteht.

Die Stadtk. Best und Genossen hatten eine Anfrage an den Magistrat gestellt, ob es wahr ist, daß, wie die Zeitungen berichteten, der Magistrat seine Glückwunschsadresse an den Fürsten Bismarck durch einen Kuriert hat überreichen lassen. Der Vorsteher theilt nun den Inhalt eines vom Magistrat eingegangenen Schreibens mit, wonach derselbe beschlossen hat, eine Beantwortung dieser Anfrage abzulehnen. (Bravo!) — Wie der Vorsteher im Anschluß hieran mittheilt, ist zu dieser Angelegenheit von dem Nordverein eine Resolution eingegangen, welche die entschiedene Mißbilligung darüber ausspricht, daß es die Versammlung und der Magistrat über sich vermocht haben, von dem Geburtstage des Ehrenbürgers Fürsten Bismarck fern zu bleiben. (Bravo-Rufe.)

Der Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage, betreffend die Stizze zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule auf dem Grundstück Reichenbergerstr. 131/132 hat sich konstituirt und den Stadtk. Salge zum Vorsitzenden, Stadtverordneter Schwabe zum Stellvertreter gewählt.

Die Vorlage, betr. den Anlauf eines an der Straße 58 zwischen der Viebigstraße und der Prospektstraße belegenen Grundstücks-Komplexes mit einem Ausschusse zur Vorberathung überwiesen worden, in dessen Namen Stadtverordn-

wirklich entschuldigen, meine Damen, sonst ist er doch wenigstens leidlich.“

Rathinka war indeß dem Wunsche ihres Vaters nachgekommen und brachte ein allerliebste kleines Mahagonischränkchen mit einer Thür, das sie zuerst dem Grafen reichte.

„Ich danke Ihnen, mein gnädiges Fräulein,“ sagte dieser abwehrend, ich rauche nie. „In der That? Aber Herr Oberstlieutenant viel leicht?“

Klingensbruch warf einen halb zweifelhaften Blick auf seine Gattin. Diese aber, gerade in einem sehr lebhaften Gespräch mit Frau von Schaller über Butter- und Eierpreise brgriffen, achtete glücklicher Weise nicht auf ihn, und er öffnete leise die Thür des Schränkchens — das er aber eben so rasch wieder losließ, als ob er sich verbrannt hätte, denn wie er es kaum berührte, erklangen ans Neue die eigenthümlichen Spielboxentöne, die Kecklichkeit mit dem Fallen von Wassertropfen in ein metallenes Gefäß haben.

Der „Jungfernkranz“ sah in der Zigarrenbüchse und kam heraus, und gar so schelmisch schaute Rathinka darüber hin und sah den alten, etwas verblühten Herrn an. Aber das Unglück war jetzt einmal geschehen und die Frau Oberstlieutenant aufmerksam geworden — sie hätte keine Ohren haben müssen! So griff er denn herzhafst zu, nahm sich unter den Klängen des „Jungfernkranzes“ eine Zigarre, und Hans folgte gleich lachend seinem Beispiel.

Das Gespräch drehte sich indeß nach allen Seiten, auch um die allergehörlichsten Gegenstände, wie das bei solchen erzwungenen Besuchen oder Staatsvisiten fast stets der Fall ist. Man wurde auf der einen Seite nicht erwartet, sitzt auf der andern wie auf Kohlen, um nur bald wieder fort zu kommen, und spricht nur eben, ohne recht zu wissen was, nur allein um die Zeit tot zu schlagen.

Hans hatte indeß seine Zeit in sofern benutzt, als er augenblickliche Pausen dazu verwandte, sich die beiden ihm noch fremden Familien zu betrachten; aber er fand hier so verschiedene Charaktere, daß er nur einen oberflächlichen Eindruck von ihnen allen bekommen konnte. Der Herr von Schaller war ihm dabei die

Das elektrische Licht in Berlin. Von Monat zu Monat macht die Verbreitung des elektrischen Lichtes in Berlin gewaltige Fortschritte. Unsere Bahnhöfe und die Postverwaltung führten es zuerst in ausgedehnter Weise ein, dann folgte der Zoologische Garten, der Park der Hygiene-Ausstellung und bald darauf begann auch die elektrische Beleuchtung des Potsdamer Platzes und eines großen Theiles der Leipzigerstraße. In allen diesen Orten, wo der Berliner sich massenhaft aufhalten pflegt, bewies jede Abendstunde von neuem, welche unendliche Fortschritte in kurzer Zeit die Technik gemacht hatte und wie rasch ein regelmäßiger, ununterbrochener Betrieb und die beständige Ruhe des Lichtes ermöglicht worden war. Schnell hatten einige feindselige Raufleute und Restaurateure erkannt, daß dieses weithin strahlende Licht ein vorzügliches Anlockungsmittel für das allseitig verehrte Publikum sei, und bald strahlte es in großen Sälen und beschämten Bierwirtschaften, in letzteren umso mehr, als der Berliner Biertrinker begonnen hatte, sich einen gewissen Luxus zu gestatten, und als notwendige Ergänzung zum echten Biere süßerecht und reich eingetrichterte Bierstuben verlangte. In diesen Bierstuben war es denn auch, wo das Bogenlicht mit seiner Uebersülle an Leuchtkraft dem bescheidenen Glühlichte weichen mußte, dem einfachen Glühlichte, das neben seiner anheimelnden Art vor allem den Vorzug offenbarte, daß es menschenfüllte niedrige Bierstuben zu menschenwürdigem Aufenthalt gestaltete. Während aber bis dahin das elektrische Licht von den einzelnen Unternehmern mit beträchtlichen Kosten erzeugt werden mußte, bildeten sich vor etwa vor zwei Jahren zwei kapitalmächtige Gesellschaften mit dem Zwecke, Zentralfstellen zu schaffen, von denen aus das elektrische Licht gleich dem Gase den einzelnen Haushaltungen zugeführt werden sollte. Die eine, die „Deutsche Edison-Gesellschaft“, hat sich, wie der „Köln. Zig.“ von hier geschrieben wird, einen bedeutenden geographischen Wirkungskreis ausgesucht und in demselben schon jetzt große Thatsachen bei glänzendem Erfolge entwickelt, während die zweite Gesellschaft, die „Städtischen Elektrizitätswerke“, ihren Wirkungskreis auf Berlin beschränkt haben. Zunächst wurden von einer einseitigen Stelle aus, die demnach auch das benachbarte Aquarium beleuchten soll, die sämtlichen Räume der beiden großen in der Schwandstraße belegenen Klubs, des Union-Klubs und der „Reposce von 1794“, mit Glühlicht versehen. In diesen beiden Klubs, von denen der eine der gesellschaftliche Mittelpunkt der deutschen Sportinteressen, der andere der Berliner Börseninteressen ist, sind etwa 500 sechshundert Glühlampen angebracht, die von zwei großen Dynamomaschinen gespeist werden und die mit dem größten Luxus und außerordentlichem Geschmack ausgestatteten Gesellschaftsräume zu allseitiger Zufriedenheit erleuchten. Die zweite Zentralfstelle versieht das Häuserviertel des Café Bauer und der Kaiserhallen unter den Linden durch vier große Dynamomaschinen und vier Dampfmaschinen, die in dem Keller eines Hauses der Friedrichstraße aufgestellt sind und geräuschlos arbeiten, mit über 1400 Glühlampen. Die verschwenderische Pracht des Café Bauer mit seinen werthvollen Oelgemälden sowie des daneben gelegenen Restaurants „Zu den vier Jahreszeiten“ kommen unter dem neuen Licht zur vorzüglichsten Wirkung, während selbst in später Abendstunde in diesen, von Menschen stets dicht gefüllten Räumlichkeiten immer eine erträgliche Luft herrscht. Zwei weitere große Zentralfstellen, in der Narrenstraße und in der Mauerstraße, werden im Herbst dieses Jahres dem Betrieb übergeben werden und zu festem, für die Stadt vereinbarten Gebühren den Wohnungen und Bureauz je in einem Umkreise von 600m, elektrisches Licht zuführen. Von der einen Stelle aus werden die beiden königlichen Theater zu Berlin, die hervorragenden Bar-Anstalten, viele Geschäftshäuser im Mittelpunkt der Stadt sowie das Rathhaus elektrisches Licht erhalten, in wels legerem übrigens bereits der bekannte Restaurationskeller und die beiden Sitzungssäle mit diesem Licht erleuchtet sind. Von der zweiten Zentralfstelle aus werden die Mehrzahl der Ministerien in der Wilhelmstraße, das Palais des Prinzen Friedrich Karl, eine neue Markthalle und viele Geschäftshäuser in der Friedrichstraße mit elektrischem Licht ausgestattet werden. Es ist klar, und die Erfahrungen in Amerika haben es bestätigt, daß je größer und umfassender eine solche Zentralfstelle ist, um so regelmäßiger sie ihre Aufgabe erfüllen und jede Störung im Betriebe vermeiden kann. Die Regelmäßigkeit des Betriebs ist übrigens schon so weit gediehen, daß zur Zeit bereits in einigen Privatwohnungen die elektrische Beleuchtung eingerichtet ist, ohne daß gleichzeitig Gasröhren zur Ausbille für alle Fälle gelegt worden sind. Hervorgehoben zu werden verdient, daß auch der Kultusminister von Gohler seit einiger Zeit Versuche hat anstellen lassen, um festzustellen, ob der gegenwärtige Stand der Technik es ermöglicht, das elektrische Licht in Unterrichtsanstalten, Kliniken und Bibliotheken, Museen einzuführen. Neuerdings ist probeweise auf seine Veranlassung der neue große Lesesaal der Berliner königlichen Bibliothek mit vier großen Bogenlichtlampen von 800 Normalkerzen Lichtstärke ausgestattet worden, damit der Lesesaal jetzt auch in den Abendstunden bis 9 Uhr benutzt werden kann. Schon jetzt ist anzunehmen, daß die Probe im wesentlichen so gut gelungen ist, daß sie, wenn auch vielleicht mit einigen kleinen Vorbehalten, für die Dauer durchgeführt werden kann. Man sieht, das elektrische Licht erobert sich auch in der Residenz reiches Gebiet, und es wird nicht allzu lange währen, bis es hier nicht bloß Luxus, sondern für viele Bedürfnisse sein wird.

Die Kulturmission des Dr. Bernhard Förster. Mit einem Häuflein Getreuer drehte er dem undankbaren, von Judenhänden geknechteten Vaterlande den Rücken, um jenseits des Ozeans an den Ufern der Paana ein Neu-Deutschland zu gründen. Doch nur zu bald entbrannte zwischen ihm und seinen Genossen der Kampf ums Dasein; die Mistreiter für Wohlfahrt, Freiheit und Macht hieben ihren Führer über Obr, wo sie nur konnten, und Schmerzvoll mußte er ein Bild nach dem anderen aus dem blutigen Herzen reißen. Die Gründung Neu-Deutschlands verfiel und jetzt sehen wir den berühmten Träger moderner arztlich-germanischer Kultur wieder in der alten Heimath. Angeblich will er den zwischen Brechianern und Deutsch-Tageländern ausgebrochenen Bruderkrieg beilegen, als ob sich hier das alte Sprichwort von Schlägen und Verträgen nicht ganz von selbst bewähren würde — thatsächlich scheint er indes zurückgekehrt, um nach guter Mühlendammer Sitte einen kleinen Handel zu eröffnen und die Kosten seines Kulturfeldzuges einigermaßen zu decken. Beweis dafür eine Anzeige, die er wiederholt an hervorragender Stelle in dem Blatte des durch wechselvolle Schicksalschläge zum Führer des antisemitischen Vortragsens gehärteten Herrn Liebermann von Sonnenberg veröffentlicht. Es heißt da: „Mit ziemlichem Aufwande von Mühe und nicht ohne Kosten ist es mir gelungen, kleine Quantitäten von einigen paraguayischen Landesprodukten in gutem Zustande hierherzubringen. Es sind dies zwei Bohnensorten (Mantoca und Sennorita), Reis-Gries, Amindonfeines, aus Mantoc bereitetes Stärfemehl) und Herba, beste Sorte. Letztere, die in sehr verschiedenen Qualitäten verkauft wird, ist ein bitter schmeckender Thee von äußerst wohlthätigen Wirkungen auf den Magen. Jedes ungegohrte Behalten des letzteren, auch wenn es durch zu starkes Leuten herbeigeführt worden ist, stellt eine große Tasse Verba-Aufguss (Mato) wieder her. Man läßt 5 Theelöffel davon in einer großen Tasse heißen Wassers kurze Zeit stehen, gießt ihn durch ein feines Sieb und genießt ihn heiß, doch soll man sich mindestens eine halbe Stunde danach jeder Nahrung, namentlich kalten Wassers enthalten.“ Folgen die Preisbestimmungen und die Bemerkung: „Personen, welche mir unbekannt sind, haben den Betrag zu pränumeriren“ und die Unterschrift: Dr. B. Förster, Naumburg a. S. Also ein Mittel gegen Ragenjammer! Das ist der ganze Erfolg der mit so vielem Tamtam inszenirten Gründung Neu-Deutschlands! Der studiosus juris Dr. Ernst

Hentzel hat in einer seiner vielen schönen Reden erklärt, es sei ein ungeheurer Vorzug des Germanen, daß er in einem Satz seine 8-17 Schoppen Bier trinken könne, während der Semit schon beim dritten unter den Tisch falle. Trotz dieser Leistungsfähigkeit muß Dr. Bernhard Förster seiner Zeit doch bei seinen Freunden gelegentlich recht böses Haarweh bemerkt haben, und die germanische Welt mag sich glücklich preisen, daß eine unfehlbare Banance gegen die Qualen des Raters nun endlich gefunden ist. Hoffentlich ist, wie die „Volks-Zig.“ bemerkt, Herr Dr. Förster menschenfreundlich genug, auch den Juden und uns Judenknechten gegen Geld und gute Worte etwas von seinem Verba-Aufguss abzulassen, denn, unter uns gesagt, auch an unieren Hirnzweigen hat sich „der von Angora“ schon manchmal mit sanftem Säutren gerieben. Eins fällt uns übrigens auf. Dr. Förster verlangt von unbekanntem Personen Vorlauf, oder wie er es echt deutsch nannte, „Pränumeration“ — sollte er etwa seinen Freunden die kostbaren Waaren auf Kredit geben? Dazu ist er doch gewiß ein viel zu vorlässiger Geschäftsmann. Im Uebrigen aber begrüßen auch wir ihn, wenn seine Klänge sich bewahrheitet, als einen der größten Wohlthäter der Menschheit.

z. Eine ebenso originelle als wirksame Art der Selbsthilfe zur Entfernung unliebsamer Bewohner seines Hauses beobachtet der Eigentümer des Grundstücks Zimmerstr. 59, ein Schloffermeister. Derselbe hatte vor Kurzem eine größere Wohnung in seinem Vorderhause an anscheinend anständige Leute vermietet, aber bald stellte es sich heraus, daß dieselben in den gemieteten Räumen Liebespärdchen auf kurze Zeit Aufnahme gewährten. Da die Leute ihren Kontrakt in Händen hatten und auch pünktlich die Miete zahlten, so fand sich nicht gleich ein wesentlicher Grund, die Mieter zum Verlassen des Hauses zu zwingen. Da kam dem Schloffermeister eine Idee, welche er auch sofort ausführte. Er richtete auf dem Flur des Vorderhauses, dicht hinter der Eingangstür, ohne dabei aber den Eingang zu behindern, eine Schlofferwerkstatt ein und seit einigen Tagen sieht man hier Tag und Nacht je einen Schloffergehilfen ununterbrochen arbeiten. Nach Schluß des Hauses, Aberds um 10 Uhr, wird jeder Fremde, der mit oder ohne Dame das Haus betritt, befragt, zu wem er wolle u. s. w. Daß sich die „Runden“ jener Liebespartei ein derartige Beaufsichtigung nicht lange gefallen lassen werden, liegt auf der Hand und das Ende wird der erwünschte Erfolg des erfinderischen Hauswirths sein, daß die unliebsamen Bewohner einen anderen Ort für ihr Treiben aussuchen. Die Frequenz in dem gedachten Hause soll bisher eine sehr bedeutende gewesen sein.

Gerichts-Zeitung.

In der Beleidigungslage, welche kürzlich die Stadtverordneten Ewald, Lutzauer und Gördt gegen den früheren Redakteur des „Volkstreu“, Johann Berndt, vor dem Schöffengericht durchschritten, war Herr Gördt auf erhobene Widerlage wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 M. verurtheilt worden. Er hatte gegen dieses Erkenntnis die Berufung eingelegt, welche heute vor der 6. Strafkammer hiesigen Landgerichts verhandelt werden sollte. Im Termin erklärte der Vertreter des Beleidigten, daß derselbe an einer Bestrafung des Herrn Gördt kein Interesse habe, vielmehr die Klage gegen denselben zurücknehme. Damit war die Sache erledigt.

Der im Februar 1867 auf dem Grünmacher bezogene Corny'sche Mord, jenes schreckliche Verbrechen, das noch bis zum heutigen Tage in tiefes Dunkel gehüllt ist, wirft noch immer seine Schatten. Bekanntlich hat ein Maschinenbauer Namens Lehnert, vor etwa 1 1/2 Jahren das Gerücht ausgesprochen, der in der Mästerstraße wohnende Restaurateur Dalmsch, der zur Zeit des Mordes Wächter gewesen, habe sich an dem Mordetheligen und außerdem den damals erhaltenen Schweigedern sein Vermögen zu verdanken. Dalmsch, der sich in weitesten Kreisen des besten Rumundes erfreut, wurde deshalb sofort gegen Lehnert klagbar. Dalmsch wies durch Urkunden nach, sein Wächterverbot sei zu der Zeit in der Kesselfstraße gewesen, er vermochte deshalb über das, was auf dem Grünmacher vorging, absolut nichts wahrzunehmen. Im Jahre 1870 habe er seinen Wächterposten aufgegeben, sei Drohschuldenherr und sehr bald darauf Bau-Unternehmer geworden. Ganz besonders in seiner letzten Eigenschaft sei es ihm geglückt, einige tausend Thaler zu erwerben. Seine Bau-Unternehmungen verwickelten ihn schließlich in langwierige Prozesse, die jedoch sämmtlich zu seinen Gunsten ausfielen. Raum hatte er diese Prozesse gewonnen, es war im Januar 1884, da trat der ihm vollständig unbekannt Lehnert mit seiner verleumdenden Beleidigung hervor. Sowohl das Schöffengericht, als auch die 6. Straf-(Berufungs-)Kammer des königlichen Landgerichts Berlin I verurtheilte den Lehnert, „angesichts der Schwere der Beleidigung, die, wie die Verhandlung ergeben, vollständig aus der Luft gegriffen war“, zu drei Monaten Gefängnis. Der Vorsitzende der Berufungskammer bemerkte bei der Urtheilsmotivierung: „Die eingeleitete Untersuchung habe nicht den geringsten Anhalt für die erhobene Beschuldigung ergeben. Die dem Kläger zugefügte Rede qualifizierte sich als eine äußerst gefährliche, da sie geeignet sei, das Familienglück, die bürgerliche Stellung und mittelbar auch die Gesundheit des Beleidigten in Gefahr zu bringen. Aus diesem Grunde rechtferdigte sich die Schwere der Bestrafung. Gegen dies Urtheil appellirte der Kläger. Der erste Instanz des königlichen Kammergerichts, der sich deshalb am Donnerstag mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, bestätigte jedoch nach sehr kurzer Berathung das gefällte Urtheil, indem er sich den Motiven der beiden Vorderrichter in allen Punkten anschloß.“

Stuttgart, 11. April. Vor den Säranen des Schöffengerichts Stuttgart fand am 11. d. in Folge Strafantrags eines der geschlagenen Sozialdemokraten das gerichtliche Nachspiel zu der „Enttäuschungs-Versammlung“ im Bürgermuseum vom 20. Dezember v. J. statt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Angeklagten, den der „deutschen Partei“ angehörigen Wundarzt Talmon Gros, eine Geldstrafe von 20 M. beantragt, das Schöffengericht erkannte aber auf Geldstrafe von 130 M. und eine Buße von 20 Mark sammt den Kosten. — Aus der Verhandlung heben wir nach dem „Prob.“ das Nachstehende als interessant hervor. Der Angeklagte gab an: Er habe auf dem Weg in die Versammlung einen Franzosen gesprochen, durch dessen Mittheilungen ihm die Unwürdigkeit der Reichstagsmehrheit deutlich zum Bewußtsein gekommen sei. Sodann seien in der Versammlung von dem vorsitzenden Herrn Prof. Jech und dem Oberstaatsanwalt von Lenz sehr patriotische Reden gehalten worden über die Schande jenes Beschlusses, und schließlich habe auch der Herr Prof. Jech einen im höchsten Grad begeisterten Vortrag gehalten. Dadurch sei er (Angeklagter) in ein so ausgebreitete Stimmung versetzt worden, daß er, als er bei der Abstimmung über die Kanzleradresse und dem gleichzeitigen Hoch auf den Kaiser zwei Bänke hinter sich einen Mann sitzen bleiben sah, seinen Schirm genommen und zugeschlagen habe. Er habe nämlich ein Bui rufen hören; ob derjenige gerufen, den er geschlagen, wisse er nicht, er habe nur gesehen, daß der Bestreffende von hinten geschlagen worden sei. Einen Beugen dafür, daß am Schluß Bui gerufen worden sei, könne er nicht bezeugen. Er habe u. a. mit Herrn Prof. Jech darüber gesprochen, der habe es aber gleichfalls nicht gehört, und wisse auch Niemand, der es gehört habe, doch wisse er, daß gerufen worden sei „nicht hauen“. — Der Letzte, Schreiner Bohne, als Beuge beidigt, sagte aus: Er sei in der Versammlung von Anfang bis zu Ende ohne ein Zeichen des Mißfallens ruhig auf seinem Stuhle gesessen. Der Inhalt der Adresse habe es ihm unmöglich gemacht, sich für dieselbe zu erheben;

Abstimmung habe ja offenbar auch nur dann einen Sinn, wenn sie wirklich eine Probe der Zustimmung sei. Weder habe Bui gerufen, noch sei überhaupt ein solches zu hören gewesen. Blödsinn sei von hinten versucht worden, ihm der Stuhl wegzuziehen. Gleichzeitig habe sich aus der Reihe vor ihm der Angeklagte auf ihn gestürzt, seinen Schirm gefangenommen und ihm denselben über den Kopf geschlagen, so daß er sofort einen starken Schmerz auf dem Schüttel verspürt habe. Ein Schlag des Angeklagten sei das Signal gewesen, daß die Andern auf ihn gestürzt hätten, er sei gepackt, geschlagen und so zum Saal hinausgestoßen worden. Draußen habe ihn die Polizei gedeckt und ihm gesagt, daß er gegenwärtig andern, vorher Mißhandelten noch gut wegkommen sei. — Der Staatsanwalt, Herr Osander, erwidert eine ganze Reihe von Milderungsgründen für den Angeklagten: Erstens habe er seiner Entrüstung über die Behandlung des Reichstages Luft machen wollen; zweitens sei er von Anfang an in einer großen Erregung gewesen; drittens seien Andersgesinnte nicht in die Versammlung eingeladen und es somit von den Beugen unpassend gewesen, in derselben zu erscheinen; viertens sei es zwar nicht erwiesen, daß Bui gerufen worden, allein man müsse diese Behauptung dem Angeklagten glauben. Außerdem sei eine Geldstrafe von 20 M. eine genügende Strafe für den Angeklagten. — Rechtsanwalt Friedrich Kaufmann, Vertreter des Nebenklägers Bohne tritt in entschiedener Weise den Staatsanwaltschaftlichen Ausführungen entgegen und verlangt dieselben schlagend. — Das Gericht erkannte, wie es gemeldet und nahm als strafmildernde die große Aufregung des Angeklagten, als strafschwerend dagegen an, daß derselbe Leitern der Versammlung mit seinem Verhalten einen schlechten Dienst erwiesen habe. — Der „Beobachter“ bemerkt zu dem Urtheil: „Für den Vertreter der A. Staatsanwaltschaft, dessen Vorgesetzten, I. Staatsanwalt Dr. v. Lenz, dürfte es mehr als schmerzliche Erhöhung des Strafantrags einigermaßen überraschend gewesen sein. Der Vorsitzende der abgeleiteten Versammlung aber, der im Januar noch öffentlich erklärt: „Eine gerichtliche Verhandlung kann uns nur erwünscht sein, steht sich vielleicht in mehr als einer Beziehung veranlaßt, April seine Auffassung zu modifiziren.“

Ein Vertheidigerhonorar. Als am 13. d. M. vor dem Bezirksgerichte Wieden in Wien der Justizwachtman den Anna Both ausrief, baunte sich ein Dienstmann durch das Anrufen einen Weg zum Richter. Richter: Was wollen Sie? Sie hören, daß Frau Anna Both aufgerufen wurde. Dienstmann: Ist schon richtig, hohes Gericht, ich bin der Vertheidiger der Frau Both. (Heiterkeit.) — Richter: Haben eine Vollmacht? — Dienstmann: Nein, hohes Gericht, Vollmacht, die hab' ich nicht; aber den Auftrag hab' ich Frau Both erhalten, sie hier zu vertheidigen und das zu thun. — Richter: Das werden Sie nicht, da Sie sich mit der Vollmacht nicht auszuweisen vermögen. Treten Sie zurück. Der Richter verließ nun die polizeiliche Anzeile, die dahin lautete, daß sich Frau Anna Both der Uebertretung gegen das Polizeugesetz schuldig gemacht hat, weil sie ihren Hund ohne Leinwand auf der Straße herumlaufen ließ. — Dienstmann (Bathos): Mein hohes Gericht! In Anbetracht dessen, Frau Anna Both eine Frau ist. — Richter: Wohl wohl schweigen! — Ersi nach weiteren Verhören des Dienstmanns, seine Rede hochtrabend fortzusetzen, wird es dem Richter möglich, denselben zur Berichtigung auf das Wort zu weisen. Frau Anna Both wird zu einer Geldstrafe von 5 Gulden verurtheilt. Der Dienstmann zieht eine Brille hervor, entnimmt derselben einen Gulden und legt ihn auf den Tisch. — Richter: Sie zahlen gleich die Strafe für Frau Both? — Dienstmann: Als Vertheidiger der Frau Both erlege ich ihre Strafe, und ich danke in ihrem Namen für die Milde des hohen Gerichts. Sie ist billig weggekommen, habe auf drei Gulden mich gefast gemacht; wenn es nicht gewesen wäre, hätte ich rekurirt. Mir sahit Frau Both ein Kreuzer für die Vertheidigung, da kann sie doch zufrieden sein. Ich habe die Ehre, mich dem hohen Gerichte ergebenst zu empfehlen. (Heiterkeit.)

Vermischtes.

Der ärmste Mann.

Preisend mit viel schlimmen Reden
Ihrer Frauen falsche Tracht,
Sahen viele wack're Männer
Einst beim Bier in später Nacht.
„Herlich“, sprach der Schulze seufzend,
„It mein Weib und seine Runst;
Falsche Röthe auf den Wangen,
Al' sein Schönheits eiler Dunst.“
„Seht mein Lieb in luyger Falle“,
Sprach betrübt ein dicker Wicht,
„Falsche Vöden, falsche Busen
Und was sonst noch schreit das Licht.“
„Falsche Zähne, falsche Waden“,
Lehmann, Herr der Röhre, sprach,
„Schaffen, daß mein Weib den Euren
Wohl nicht steht an Falschheit nach.“
„Lebrecht, der mit den Narben,
Jezabels geliebter Herr,
Sprach: „Mein Weib hat zwar kein Cull an
Lidat nicht Bähge goldschwer.“
„Doch ein Kleinod hält's verborgen
Vor der Welt; o dießer Schmerz!
Seid zufrieden mit den Euren,
Mein Weib hat ein falsches — Herr!“
Und es rief der kleine Dick,
Schulze, Lehmann schreienstweisch:
„Lebrecht, Ihr seid der Ärmste,
Euer Weib erhält den Preis!“

Das böse Gewissen. Der Redakteur eines Blattes in einer französischen Provinzialhauptstadt drückte der Spitze der Zeitung folgende Aufforderung ab: Weinbändler, der mir in der vorwöchigen Woche eine mit Vitriol gemischte Limonade als eine Flasche Champagner verkauft hat, wird hiermit ersucht, mir innerhalb 24 Stunden eine Flasche wirklichen Champagners zu senden, widrigenfalls ich morgen den Namen und die Wohnung dieses Induzen zur öffentlichen Andung bekannt machen werde.“ Nächsten Tage hat der Redakteur von jedem Weinbändler der Stadt eine Flasche echten Champagners erhalten.

Kleine Mittheilungen.

Alt-Gaaz. 15. April. (Unglücksfall.) Nachdem heute wollten am Osterfeiertage über den Dorf den Arm der Müty fahren, um sich in dem Wald des jenseitigen Ufers zu belustigen. Raum hatten die Insassen ein wenig vom Lande entfernt, als sie Schrecken bemerkten, daß der Kahn led geworden sei. Folge dieser Wahrnehmung entsetzende große Unruhe unter Veranlassung, daß das Fahrzeug umschlug und sämtliche Personen in die Tiefe sanken. Ein Schiffer, welcher mit dem Kahn in der Gegend vor Anker lag, eilte sofort zu Hilfe und mochte aber nur sechs der Unglücklichen dem Wellenschwemmen, während zwölf den Tod fanden. Von den Geretteten vermochte man trotz der beschleunigten ärztlichen Hilfe zwei nicht wieder in das Leben zurückzuführen. Ein herzerlöschender Anblick war es, als man beim Aufbruch der Leichen auf einmal sechs der Unglücklichen, die sich hinst mit den Händen angefaßt hielten, aus der Tiefe vorkam.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 90

Sonnabend den 18 April 1885.

N. Jahrgang.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 17. April, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats von Burckard und Kommissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält der Abg. Hasenclever das Wort: Das Präsidium hat mir gestattet, im Auftrage meines Freundes Bebel folgende Erklärung abzugeben: Bebel hat bei Gelegenheit der Staatsberatung die Handlungsweise des Herrn Kommerzienrath Epner zu Landshut der ohne Vorwissen seiner Arbeiter ein längeres Scheeren der Ketten in seiner Fabrik angeordnet hatte, in scharfer Weise verurteilt und den Herrn Kommerzienrath des Betruges beschuldigt. Der Abg. Bebel erklärt, daß er anerkenne, daß die Staatsanwaltschaft zu Hirschberg keine Gründe zur Anklage auf Betrug gefunden habe, bemerkt aber zugleich, daß er immer noch bei seiner damals ausgesprochenen Ansicht beharre, daß Herr Rudolf Epner durch das längere Scheeren der Ketten seine Arbeiter um circa 1080 M. geschädigt und die Entschädigung der Arbeiter erst in Folge der energischen Reklamationen, die erfolgt sind, ausgezahlt habe.

Die zweite Beratung der Zolltarifnovelle wird fortgesetzt. Für Branntwein aller Art, Arak, Rum, Franzbranntwein und verfehlte Branntweine in Fässern und Flaschen erhöht die Vorlage den Eingangszoll von 48 auf 80 Mark, ein Antrag des Abgeordneten Lucius auf 60 Mark für 100 Kilogramm.

Abg. Witte akzeptiert dankbar das Entgegenkommen, das in dem Antrage Lucius liegt, bittet aber, es bei dem bestehenden Zollsatz von 48 M. zu belassen. Der erhebliche Theil der Einfuhr besteht aus Rum und ähnlichen Stoffen, die zur Mischung irischerer Stoffe benutzt werden. Keiner Branntwein wird überhaupt nicht eingeführt, die Zollhöhe kann also nicht den Zweck haben, die irische Branntweinfabrikation zu schädigen, dagegen ist es bedenklich bei der unbestrittenen Reformbedürftigkeit unserer Branntweinsteuern-Belegung, durch die Zollhöhe den bestehenden Zustand zu alteriren. Ich bin kein Gegner derselben, aber vor einer solchen grundsätzlichen Aenderung muß zuerst die innere Steuer geändert werden, worüber zu verhandeln und der Antrag Udden bald Gelegenheit geben wird. (Zustimmung.)

Bundeskommissar Geh. Rath Voßhammer: Der Regierungsvorschlag geht von zwei Gesichtspunkten aus. Erstens besteht unser Branntwein-Import fast nur aus den feineren Sorten, Artikeln der Luxuskonsumtion, wie Rum, Arak, Kognak, welche sehr wohl im Stande sind, den höheren Zoll zu tragen. Zweitens ist eine bedeutende Kognakproduktion auch bei uns im Inlande in der Entwicklung begriffen, welche dem Weinbau von großem Nutzen ist, und unter der Konkurrenz auswärtiger Kognaks leidet und deshalb durch diese Zollhöhe geschützt werden soll. Die Bunscherztraktfabrikanten, mit Rücksicht auf welche der Abg. Lucius seinen Antrag gestellt hat, können eventuell vor Schaden durch den höheren Zoll in der Weise sicher gestellt werden, daß man ihnen, wenn sie exportiren, den Zoll, den sie für ausländischen Rum und Arak bezahlen haben, rückvergütet.

Abg. Voemel: „Nicht nur eine gute Bunscherztrakt ist etwas werth, sondern auch ein guter Grog. (Sehr richtig! Heiterkeit links.) Wollen Sie der lebenden deutschen Spiritusindustrie helfen, so trinken Sie Grog, und wollen Sie der lebenden Zuckerindustrie helfen, so trinken Sie nochmal Grog, und soll beiden Industrien geholfen werden, so muß der Grog das Nationalgetränk der Deutschen werden.“ (Heiterkeit.) Diese Worte sprach vor einiger Zeit ein Mann, dem man ein warmes Interesse für die Landwirtschaft nach seiner Art nicht abstreiten wird. (Dr. Alexander Meyer in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft.) Ob die Vorlage im Sinne dieser Forderung verfaßt ist und wiederholt, daß es sich in der Hauptsache um Artikel des Luxuskonsums handelt. Bei Beurtheilung der Konsumfragen werden die Herren immer unzulässiger, denn unzulässig muß ich es nennen, wenn man den deutschen Küstenbewohnern ein Glas Grog als Luxus beizubringen. Es kennzeichnet die vorgeschlagene Zollhöhe oder richtiger gesagt Steuererhöhung, daß sie ganz einseitig auf einen Theil der deutschen Bevölkerung fällt. Der Haupttheil der Einfuhr besteht auch nicht, wie die Vertreter der Regierung behaupten, aus hochwertiger Waare für den beschränkten Kreis der Vermittelten, sondern die geringeren Qualitäten spielen eine sehr große Rolle. Wie wird nun erst der Zollsatz von 80 M. wirken, der an den Werth der geringeren Waare nahe heranreicht, ja ihn übersteigt? Und wie wird er auf den Konsum wirken? Er wird sich vermindern, während sich — Gott sei Dank! — der Durst in Deutschland nicht in gleichem Maße vermindern und daher mit schlechteren Stoffe gelöscht wird. Statt des guten ausländischen Fabrikates liefert eine eigene Fabrikation aus Kartoffelsprit und Essigen ein Surrogat, und Ausland zeigt am besten, zu welchen Genusmitteln der Konsum durch zu hohe Bölle gedrängt wird. Ich hätte Ihnen einige Probefläschen auf dem Tische des Hauses aufstellen können, aber als Mitglied der Partei, der alle Handlungen in so gar schlimmer Sinne ausgelegt werden, scheute ich mich davor in der Debatte, daß man mir damit einen Mißbrauch geistiger Getränke schuld geben werde. (Seiterkeit links.) Aber gerade die eingeführten Stoffe haben, da sie im Inland zum Verbrauch verwendet werden, für unsere Küstenländer, speziell für die nordöstlichen, die allerhöchste Bedeutung. Die Bewohner derselben sind durch ihr Klima auf diese Stärkungsmittel angewiesen, und so stellt sich dieser Zoll geradezu als eine Steuer auf das Klima dar. In diesem Hause wird von allen Seiten Schutz gefordert, ich fordere einen Schutz für das Klima unserer Küstenbewohner, indem ich Sie bitte, alle Klassen mit gleichem Maß zu messen und nicht einseitig die Küstenländer zu belasten, ohne eine durchgreifende Reform der Branntweinsteuerung überhaupt einzuführen. (Beifall links.)

Nachdem noch Abg. Lucius seinen Antrag empfahlen, und Abg. Lipke über Petitionen, welche diese Position betreffen, referirt hat, wird der Regierungsvorschlag angenommen.

Der Zollsatz für Butter beträgt zur Zeit 20 M. Die freie wirtschaftliche Vereinigung (v. Schorlemmer-Alt u. Gen.) beantragt, für natürliche Butter diesen Zollsatz beizubehalten, ihn aber für künstliche Butter auf 30 M. zu erhöhen. Die Abg. v. Hüßl und Bissering wollen für Oleomargarin, dessen Zoll die Vorlage von 2 M. auf 10 M. erhöhen will, einen Zollsatz von 20 M.

Abg. Schelbert: Für die südbairischen Gebirgsdistrikte ist die Molkerei, Käse- und Butterwirtschaft der Haupterwerbszweig der kleinen Landwirthe, und es wird dort anerkannt vorzügliche Butter produziert. Ich selbst verkaufe meine Butter an die höchsten Herrschaften. (Seiterkeit.) Aber unsere gesammte Butterproduktion befindet sich zur Zeit in einer schweren

Pedangan durch die Konkurrenz ausländischer Kunstbutter von zweifelhaftem Werth, die in Tausenden von Zentnern importirt wird. Ich bitte Sie, zum Schutz unserer Produktion von natürlicher, unversehrter Butter, die vorgeschlagenen Zollerhöhungen anzunehmen.

Abg. Bissering: Das Oleomargarin ist ein nicht sehr reichlicher Stoff, der bei der Tagfabrikation gewonnen, meist aus Amerika importirt und vorzugsweise zur Kunstbutter verwendet wird. Unter dem bisherigen Zoll sind bereits 32 Kunstbutterfabriken in Deutschland entstanden; eine solche Fabrik in Berlin produziert allein wöchentlich 5000 Zentner. Diese Fabrikation wird, wenn das Oleomargarin nicht mindestens ebenso hoch verzollt wird wie Kunst- und Naturbutter, zum Schaden der Produktion natürlicher Butter noch zunehmen, und das will mein Antrag verhindern.

Abg. Richter: Ich produziere nicht Butter, wie die Vorredner, aber ich esse Butter und bin um so mehr veranlaßt, im Namen der Konsumenten zu sprechen, als hier von Herren, die im Interesse ihres Geldbeutels (Oho!) oder dessen, was sie produziren, geredet haben, wie nie zuvor Behauptungen aufgestellt sind, die im schroffsten Widerspruch mit den Thatsachen stehen. Es ist absolut falsch, daß die Butterpreise seit Jahrzehnten nicht so niedrig waren wie heute. Nach dem amtlichen Bericht des preussischen Landwirtschaftsministers, der selbst ein Schutzzöllner ist, betrug der Durchschnittspreis der Naturbutter in Preußen pro Kilogramm 220 Pf. im Jahre 1880; er stieg 1881 auf 227 Pf.; 1882 auf 228 Pf. und 1883 auf 230 Pf. (hört, hört!); und es heißt im Bericht, daß gerade die Molkerei und Butterproduktion in Deutschland sich überaus gehoben habe. Glauben Sie, das wäre geschehen, wenn das Geschäft sich nicht rentirte? Auch was Herr Schelbert über den Import sagt, ist falsch. Ich weisse nicht daran, daß Herr Schelbert seine Butter an die höchsten Herrschaften verkauft, wohl aber zweifellos, ob Jemand, weil er gute Butter zu machen versteht, auch gute Gesetze machen kann. (Seiterkeit.) Bölle, welche nur von den höchsten Herrschaften getragen werden, würde ich gern bewilligen; der Kunstbutterzoll aber schädigt gerade die ärmsten Klassen der Bevölkerung. Sie thun damit noch einen Schritt über den Petroleumzoll hinaus; und gerade das Zentrum sollte hier doch vorsichtig sein, denn seine Wählerkreise werden am meisten von diesem Zoll betroffen. Erst haben Sie die Naturbutter, dann das Schmalz für den armen Mann verheuert; jetzt wollen Sie auch die geringe Fettmahlung der Kunstbuttertheurer machen. Gerade in den dichtest bevölkerten Industriebezirken des Westens wird die meiste Kunstbutter verbraucht; z. B. im Stadtkreis Bochum monatlich 4000 Kilo; im Landkreise Dortmund das Dreifache des Verbrauchs von Naturbutter. Nachdem Sie durch Ihre Zollpolitik die ärmsten Bevölkerungsklassen benachtheiligt haben, wollen Sie nun eine Industrie, die Sie selbst durch jene Politik großgezogen haben, vernichten, bloß einigen Herren zu Viehr, die an die höchsten Herrschaften verkaufen; und der Gipfel dieser Art von Zollpolitik ist der Vorschlag Bissering, der sogar einen Rohstoff höher verzollen will. Ich hoffe indessen noch, Sie werden sich heute wenigstens bedenken, ehe Sie die Anträge annehmen. (Beifall links.)

Bundeskommissar Geh. Rath Kraut erklärt, daß die zolltechnische Unterscheidung von Natur- und Kunstbutter unmöglich, daher eine Verschiedenartigkeit der Zollsätze unthunlich sei.

Abg. Günther (Sachsen) belämpft die Ausführungen Richters, die allerdings begrifflich seien, weil es sich hier um einen Schutz der Landwirtschaft handle, gegen deren Nothlage sich die Herren von links ja stets gleichgültig gezeigt haben. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.)

Abg. Rohland erwidert, wenn man den kleinen Landwirthen durch Erhebung der Butterwirtschaft helfen wolle, so müsse man zunächst die Getreidebölle abschaffen, damit die kleinen Landwirthe das Getreide zur Fütterung des Viehes billig erhalten können.

Abg. v. Schalscha (Zentrum) verwahrt seine Parteigenossen dagegen, als ob sie im Interesse ihres Geldbeutels Politik machen; vielmehr seien sie mit derselben Wärme, wie für die agrarischen, auch für die Industriezölle eingetreten. (Wachen links.) Daß sie im Interesse ihres Geldbeutels hätten, könnte man nur von solchen Abgeordneten sagen, welche aus Furcht ihr Verh. aus dem Diätenfonds ihrer Partei zu verlieren, stets nach dem Wunsche der Parteiführer stimmen. (Unruhe links.) Das Zentrum ferner habe durch seine Schutzpolitik bisher noch keinen Sieg verloren; wohl aber kann man auf der Linie viele sehen, die nicht da sind. Von einer Vertheuerung der Lebensmittel durch den Butterzoll sei keine Rede; bei der ungewissen Butterproduktion Deutschlands sei der geringe Zollsatz auf die Preisverhältnisse ohne Einfluß. Mit Rücksicht auf die Erklärung des Bundeskommissars ziehe die freie wirtschaftliche Vereinigung ihren Antrag für heute zurück.

Abg. Richter nimmt den Antrag wieder auf, um dem Vorredner die Antwort, die er verdient habe, zu geben.

Abg. Heine erklärt sich namens der Sozialdemokraten gegen jede Zollerhöhung, welche irgendwelche notwendigen Lebensmittel vertheuere.

Abg. v. Helldorff: Die Zurückziehung unseres Antrages ist nur in der Weise erfolgt, daß wir uns für die dritte Lesung den Antrag in einer veränderten Formulierung, nach welcher Natur- und Kunstbutter denselben Zoll erhalten sollen (von 25 M.), wieder einbringen vorbehalten. Für jetzt halte ich eine weitere Diskussion des Gegenstandes daher für überflüssig und beantrage den Schluß der Diskussion.

Abg. Richter: Das wäre vielleicht gerechtfertigt, wenn Herr v. Schalscha nicht geredet hätte; nachdem er aber angriffsweise vorgegangen ist, würde, wenn Sie mir durch den Schluß die Erwidrerung abschneiden, das nur beweisen, daß Sie Furcht haben. (Oho! rechts.)

Nachdem der Antrag v. Hüßl zurückgezogen, wird der Schlussantrag angenommen. Abg. Richter zieht den von ihm wieder aufgenommenen Antrag nunmehr zurück, um dem Präsidium die Fragestellung zu ersparen.

Die Position „Fische, gefalzene 3 M.; mit Essig, Del oder Gemüzen zubereitete, in Fässern eingehend, 12 M.; in bemittelten verschlossenen Gefäßen eingehend, 60 M.“ wird ohne Debatte angenommen.

Zu der Position „Wild und Geflügel aller Art nicht lebend, 30 M. pro 100 Kilogramm“ meldet sich zunächst Niemand zum Wort. Der Präsident will die Diskussion schließen; da bemerkt der

Abg. Richter: So etwas ist noch nicht vorgekommen! Es wird ein neuer Zoll verlangt, und Niemand findet sich bereit, ihn zu motiviren.

Abg. Günther (Sachsen): Man ist in der freien wirtschaftlichen Vereinigung davon ausgegangen, daß, wenn der Zoll auf Fleisch und Fische erhöht würde, auch die Luxusartikel auf diesem Gebiet einen höheren Zoll erhalten müssen. Hier

handelt es sich nicht um das Fleisch des armen, sondern um das des reichen Mannes. Wollen Sie einen solchen Zoll nicht, nun, dann lehnen Sie ihn ab.

Abg. Richter: Ich würde gar nichts dagegen haben, diesen Fleischkonsum zu besteuern; in einzelnen Kommunen wird ja schon eine Wildpreiszölle erhoben. Aber Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, mit diesem Zoll den Konsum zu treffen und eine Besteuerung des reichen Mannes herbeizuführen. Derselbe würde nur zur Folge haben, daß unsere Ausfuhr von Wild und Geflügel vermindert wird; es steht zu befürchten, daß das Ausland Retorsionszölle erhebt und der Export von Deutschland ist ebenso bedeutend wie die Einfuhr. Was die Durchfuhr betrifft, so vermindert sich dieselbe, weil ein längerer Transport von nicht lebendem Vieh, das doch dem Verderben leicht ausgesetzt ist, sehr schwierig ist, in eine Einfuhr und Ausfuhr. Da nun der Zoll bei der Einfuhr bezahlt werden muß, beim Export aber nicht vergütet wird, so wird thatsächlich ein Durchfuhrzoll erhoben, und in dem Maße, wie Sie den Zoll erhöhen, erschweren Sie die Ausfuhr. Man setzt mit diesem Zoll eine Prämie auf die Einfuhr von lebendem Vieh, das während des Transports Abmagerung und Verkrümmung erleidet. Ich meine, Sie thäten gut, auch diesen Zoll bis zur dritten Lesung auszusagen, damit Sie sich über die Sache etwas näher informieren.

Kommissarius, Geh. Rath Schraut: Gegen den in Vorschlag gebrachten Zoll für nicht lebendes Geflügel bestehen auch nach unserer Ansicht keinerlei sachliche Bedenken. Es handelt sich in letzter Linie doch lediglich um einen Zoll auf den Konsum von Artikeln, der aus schließlich von den wohlhabenden Klassen getragen wird (oho! links) und in Folge dessen auch recht gut eine kleine Konsumsteuer auf sich nehmen kann. Wenn der Abgeordnete Richter beklagt, daß in Folge dessen die Einfuhr von lebendem Geflügel sich steigern werde, wenn der Zoll von nicht lebendem beträchtlich erhöht werde, so fällt hierdurch schon ein Theil der Bedenken hinweg. Diese beiden Genres konkurriren nicht miteinander. Lebendes Geflügel geht überhaupt nur als Nahrungsmittel, bezw. als ganz feine Delikatesse, z. B. lebende Wacheln, nach England, und dann ist die Einfuhr vom lebendem Geflügel mit so viel Schwierigkeiten verknüpft, daß es Niemand einfallen wird, durch Einfuhr von lebendem Geflügel die von todtem ersetzen zu wollen.

Abg. Richter: Nun erfahren wir also erst, daß dieser Zoll auch noch mit den Handelsverträgen, die wir mit den reichbegünstigten Nationen haben, in Widerspruch steht. Für Geflügel würde danach der Tarif nur gegenüber Ausland in Kraft treten; aber gerade von da ist die Einfuhr sehr gering, während diejenige aus Oesterreich-Ungarn die Hälfte der gesammten Einfuhr von Wild und Geflügel beträgt.

Abg. v. Schalscha: Der Zoll wird jedenfalls als Finanzzoll wirken, und warum sollten wir nicht auch die Einfuhr der schlechteren österreichischen und böhmischen Gänse erschweren, da unsere Bauern bessere Gänse selbst heranzüchten können?

Abg. Richter: Ich habe den Eindruck, als ob Sie (rechts und im Zentrum) über die thatsächlichen Verhältnisse und Gesetze in der Zollpolitik wenig unterrichtet seien. Ich beanspruche eine solche Kenntnis bis in das genaueste Detail nicht, wenn ein neuer Zoll aufkommt, zu wissen, ob dieser vielleicht mit irgend einem Handelsvertrag kollidirt. Aber Ihre Pflicht wäre es, diese Kenntnis zu haben. Sie haben aber den Zoll beantragt ohne Kenntnis der Thatsachen; Sie wollen die böhmischen Gänse fernhalten und nun erfahren Sie, daß Ihr Zoll in Bezug auf Oesterreich gar nicht in Kraft treten könnte.

Abg. v. Stolberg-Wernigerode: Bei einem einzelnen Mitgliede wäre eine solche Unkenntnis begrifflich. Wenn aber eine größere Anzahl von Mitgliedern des Hauses zusammenkommt und einen Zoll ausarbeitet, dann werden Sie uns wohl zutrauen können, daß wir uns die Handelsverträge angesehen haben. Es gibt doch aber auch Länder, die nicht reichbegünstigt sind, z. B. Rußland, woher wir sehr viel Schneesäher beziehen. Dann ist in der freien wirtschaftlichen Vereinigung noch dieses Moment zur Sprache gekommen, daß wir uns mit diesen Zöllen Kompensationsobjekte schaffen, die, wenn wir in Zukunft Handelsverträge abschließen, verwerten können. Wenn irgend ein Zoll berechtigt ist, so ist es dieser.

Abg. Richter: Wir müssen ja nunmehr dem Grafen Stolberg glauben, daß er von der Sache Kenntnis gehabt, im Publikum wird man vielleicht nicht so leichtgläubig sein. Man will den Zoll als Kompensationsobjekt für zukünftige Handelsverträge haben. Dadurch gewinnt die Sache ein ganz anderes Gewicht, aber ich glaube kaum, daß Oesterreich-Ungarn diesen Zoll als ein kräftiges Kompensationsobjekt gelten lassen wird.

Abg. Frege erklärt, daß man auf eine Retourenung des Zolls verzichtet habe, um die Zeit des Hauses nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen. Die linke Seite ging allerdings darauf aus, durch Verzögern der Verhandlungen die Beschlußfähigkeit des Hauses herbeizuführen und damit die Zollnovelle zu Falle zu bringen.

Abg. Richter: Man soll doch offen die Niederlage anerkennen, die man heute beim Butterzoll erlitten hat. Ich bedauere, daß der Herr Vorredner es für zulässig gehalten hat, uns Motive unterzuschieben, zu denen wir uns nicht bekennen haben. Daß wir die Vorlage durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit zum Scheitern bringen wollen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Diese wurde ja neulich durch Herrn von Köller herbeigeführt. Wir wollen nur nicht so ohne weiteres die Bölle ohne eine Begründung einführen. Wir haben schon den Differenzialzoll auf Roggen eingeführt. Wie wollen Sie jetzt den Differenzialzoll auf Geflügel einführen? Sollen etwa die deutschen Konsuln in Oesterreich über jede Gans ein Ursprungsattest ausstellen, daß sie aus dem galizischen und nicht aus dem russischen Polen stammt? Es würde eine Zollplakerei ohnegleichen daraus entstehen.

Der Zoll auf Wild und Geflügel wird darauf mit 102 gegen 99 Stimmen angenommen. Mit den Konservativen und Zentrum stimmen auch einige Nationalliberale in der Majorität.

Für Honig schlägt die Regierung die Erhöhung des Zolles von 3 auf 20 M. vor.

Abg. Letocha: Die Honigpreise sind so zurückgegangen, daß die Bienenzüchter dabei nicht mehr bestehen können. Die Gegner der Zollerhöhung, namentlich die Oonigfuchensabfabrianten, beschweren sich über die Zollerhöhung mit der Behauptung, daß sie den deutschen Honig, der zu hoch im Preise steht, gar nicht kaufen könnten, sondern sich mit dem ostindischen und amerikanischen begnügen müßten. Die Argumente der Petenten sind oberflächlich; die ganzen Petitionen strotzen von Unwahrheiten. Die Behauptung, daß der deutsche Honig 2,50 M. per Kilo koste, während der wilde Honig nur 1,50 M. werth sei, ist unwahr. (Oho!) Die Preise für deutschen Honig stellen sich ungefähr auf die Hälfte dessen, was die Petenten angeben.

Abg. Schrader: Eine Begründung wie die eben gehörte, ist mir noch nicht vorgekommen. Der Vortragende beschuldigt alle Leute, die nicht seiner Meinung sind, der Unwahrheit und stellt sie als Lügner und Betrüger dar. (Heiterkeit.) Die Petitionen sind von den solidesten Geschäftsleuten ausgegangen, und der Vortragende selbst ist im Fortschritt. Nach dem Bericht des preussischen Landwirtschaftsministers sind die Honigpreise in den letzten Jahren stetig gestiegen und genau so hoch, wie die Petenten behaupten. Der Honig, den Deutschland produziert, wird nicht zur Honigluchfabrikation benutzt und ist stets zu guten Preisen veräußert. Wenn die Bienenwirtschaft etwas zurückgegangen ist, so liegt dies namentlich daran, daß mehr und mehr Haideland unter den Pflug genommen wird, besonders im Rheinbundeslande, diesem Hauptort der Bienenwirtschaft. Der Bienenbesitzer einzelne Fabrikanten sehr bedeutend, und es wird ihnen nicht möglich sein, ihre Verluste durch Preissteigerung der Waare wieder einzubringen.

Kommissarius Geh. Rath Schraut: Auch der Vortragende hat anerkannt, daß die Bienenzucht ein Produktionszweig ist, der vorzugsweise in armen Gegenden, wie der Rheinbundeslande, von kleinen Leuten betrieben wird, weil er ein ganz geringes Anlagekapital bedarf. Die Herren aus Südwestdeutschland werden bestreiten, daß die Bienenzucht für eine große Anzahl von Leuten, insbesondere aus dem Lehrerstande, eine sehr wichtige Nebenverdienquelle und keineswegs lediglich eine Auteurbeschäftigung ist. Wenn er nun sagt, daß die Erhöhung des Honigpreises den Bienenzüchtern nicht nutzen könne, so befindet er sich im Widerspruch mit sämtlichen deutschen Bienenzüchtern; denn das Alpha und Omega der Wünsche derselben ist: schützt uns vor der schlechten amerikanischen Konkurrenz, die es unmöglich macht, in Deutschland eine Bienenzucht dauernd in die Höhe zu bringen. Sonst brüht es immer, der Konsument trage den Zoll. Hier aber soll auf einmal der Honigluchfabrikant den Zoll allein tragen. Wenn es aber einen Artikel giebt, wo der Zoll auf den Konsumenten abgewälzt werden kann, so ist es bei diesem Artikel. Denn es handelt sich um einen Artikel, den nur die Wohlhabenden genießen, und zweitens handelt es sich um einen Gegenstand, der nur in beschränktem Maße konsumiert werden kann. Exportirt werden Honigluchen nicht, es ist deshalb eine Vertheuerung nicht zu befürchten. Aus diesen Gründen ist anzunehmen, daß die Fabrikation nicht bedeutend geschädigt wird; auf der anderen Seite wird die Honigproduktion, die für die kleinen Leute von großer Bedeutung ist, begünstigt. Ich bitte Sie daher dringend, den Zoll anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Braun: Dieser Zoll ist im Jahre 1882 abgelehnt worden. Wir hätten geglaubt, daß er nicht so bald wiederkehren werde. Man wiederholt einfach die Gründe von damals, die meines Erachtens hinlänglich sind. Daß die Honigproduktion zurückgegangen ist, liegt einfach in der ganzen Art unserer Kulturentwicklung; wir haben jetzt weniger Wälder als früher; wo früher Heide war, da gibt jetzt der Pflug. Die Quellen, aus denen die Bienen ihren Honig saugen, haben sich vermindert. Das Bienen-Schutzgesetz wird dem gegenüber keine Wunder thun. Der Abg. Letocha hält jeden Mann, der anderer Meinung ist als er, für einen schlechten Kerl. Das ist keine schöne Weltanschauung. (Heiterkeit.) Ich glaube, alle die Petenten, unter denen sich die solidesten und ehrenwerthsten Geschäftshäuser befinden, wenigstens — oder ich will nicht sagen „wenigstens“, das könnte als Schobheit ausgelegt werden — (Heiterkeit) ebenso glaubwürdig sind, wie der Abg. Letocha, der sie als Leute darstellt, die oberfaule Argumente vordringen oder die Absicht haben, andere Menschen und die Abgeordneten zu täuschen. Daß die Honigproduktion im Rückgang ist, ist übrigens in denjenigen Gegenden Deutschlands, die ich genauer kenne, auch unrichtig. Bei der Fällung der Bienenstöcke mögen nicht alle vorhandenen aufgenommen sein. Die Leute haben bei solchen Aufnahmen ein gewisses Mißtrauen, sie fürchten neue Steuern und geben eher zu wenig als zu viel an. Im Süden und Westen Deutschlands florirt die Bienenzucht. Die Konsumenten, die den Zoll tragen sollen, sind nicht bloß reiche Leute. Der Verbrauch ist gerade die Freude des kleinen Mannes an gewissen Freizeiten; er bildet sogar eine gewisse Art von Liebesverkehr zwischen den beiden Geschlechtern; ich meine das Herz von Bekleben. (Heiterkeit.) Wollen Sie dem Volke das letzte Vergnügen nehmen, dann nehmen Sie ihm auch sein Aftuchenber! (Große Heiterkeit.) In der Periode der westeuropäischen Handelsverträge haben wir auf dem Wege des Verkehrs den Zoll ermäßigt und dafür sehr wesentliche Konzessionen eingetauscht. Damals hielten wir nicht den Staat entgegen, sondern hielten eine Locke vor. Ihre Politik hat dieses ganze legendreiche System gesprengt. Ich gratulire Ihnen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Neuharth (im Zusammenhange unverständlich) erklärt sich für die Zollhebung, welche namentlich notwendig sei, um der heimischen Bienenzucht den Abzug ihres Honigs zu erleichtern.

Abg. Meyer (Halle): Nach den technischen Fortschritten unserer Bienenzucht zu urtheilen, hat sich dieselbe gerade in neuerer Zeit erheblich entwickelt. Freilich kann man nicht verlangen, daß die Bienenzucht ein Gewerbe wird, welches allein seinen Mann steht; sie wird immer ein Nebengewerbe bleiben. Wenn die Bienenzüchter mehr Honig auf den Markt brachten, so würde auch mehr Honig geerntet werden; es werden noch viel zu wenig Bienenstöcke gehalten. Wir würden viel häufiger Honig auf unserem Frühstückstisch sehen, wenn wir mehr Gelegenheit hätten, reinen, guten, appetitlich aussehenden Honig zu erhalten. Der wilde Honig, der importirt wird, dient bei uns nicht als Speisehonig, sondern wird zu industriellen Zwecken verbraucht und ist nicht geeignet, einen vollstimmten Appetit zu reizen. Der einzige Mann aus der Geschichte, der wilden Honig geerntet hat, ist Johannes der Täufer; und dem hat man noch nie eine kulinarische Disposition nachgerühmt. (Heiterkeit.) So gut wie man die Heuschrecken, die gleichfalls keine Speise waren, tollfrei läßt (Heiterkeit), muß man auch den wilden Honig, dieses wohlfeile Surrogat, frei lassen. Der vorgeschlagene hohe Zoll würde die Verwendung des wilden Honigs zu den jetzigen Zwecken, namentlich für Honigluchen, geradezu unmöglich machen. Damit würden Sie aber, entgegen Ihren Grundgedanken, die Mehrheit der Honigluchen-Interessenten schädigen; ich meine die Ruher, deren Zahl diejenige der Erzeuger in Deutschland weit übersteigt. Wer diesen Zoll beschließt, auf den pocht das düstere Wort aus Rachel: ho has no children! (Sehr richtig!) Auch zahlreiche Sachverständige haben sich gegen diesen Zoll, der wirtschaftlich durchaus nicht zu rechtfertigen ist, erklärt.

Der vorgeschlagene Zoll von 20 M. wird angenommen und sodann um 5 Uhr die weitere Berathung bis Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 17. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Puttkamer, von Scholz, von Gohler, Friedberg, Lucius.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Behrerpensionsgesetzes. In der Generaldiskussion ergreift das Wort

Abg. Windthorst: Ich muß den Gerüchten, die absichtlich der Unabhängigkeit hier und außerhalb des Hauses anstellen, die man nicht unbeachtet lassen kann, ausgetreut sind, entgegenstellen, als ob ich und meine Freunde das Gesetz nicht wollten, und sie geradezu für eine Verleumdung erklären. Wir unterscheiden nur, ob das vorliegende Gesetz mit der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Der Herr, zu dem man uns verächtlich hat, ist sehr durchsichtig, man wollte den Schein

erwecken, als ob die „fogenannten“ staatsrechtlichen Parteien hier etwas durchgeführt hätten, was die anderen Parteien nicht gewollt, während doch die Fortschrittspartei die Initiative ergriffen, der alle anderen Parteien nur gefolgt sind. Außerdem kann ich den Herren, welche die offiziöse Presse dirigiren, nur bemerken, daß es in der Zentrumsfraction keine Windthorst'sche Politik giebt, sondern nur die der Zentrumsfraction. Ich muß das hier thun, weil ich die Mittel nicht habe, mir die officiösen Zeitungen auf Kosten anderer zu halten. Gehoben sind meine Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit des vorliegenden Gesetzeswerkes nicht. Bezeichnend ist es, daß man so cavaliermäßig über meine Bedenken hinweggegangen ist. Ob aus den Reichseinnahmen zu dem Zwecke dieses Gesetzes Mittel überwiesen werden sollen, will ich nicht erörtern; doch will ich auch hier ausdrücklich erklären: ohne die Annahme des Antrags Quene — der Herr Minister von Scholz scheint innerlich seinen Widerwillen gegen denselben noch nicht überwunden zu haben — keine Bülle!

Abg. Schmidt (Sagan) erklärt, verfassungsmäßige Bedenken gegen den Gesetzesentwurf seien nicht vorhanden, und bemerkt sich, dies durch die Entstehungsgeschichte der Artikel 25 und 112 der Verfassung nachzuweisen.

Abg. Bachem: Verfassungsmäßige Bedenken sind unzweifelhaft vorhanden.

Abg. Sneyt: Der Art. 25 soll nur vor der Verstaatlichung der Volksschule schälen, und bündet prinzipiell die Unterhaltungslast den Kommunen auf. Der Artikel ist aber nie dahin verstanden worden, daß von den Gemeinden stets ein spezieller Nachweis ihres Unvermögens zur Erhaltung der Volksschulen verlangt werden soll.

Abg. Graf Clairon d'Hauffonville: Zu meiner Freude hat der Abg. Windthorst seine materiellen Bedenken gegen das Gesetz heute bereits ganz erheblich herabgemindert, und seine Zweifel betreffs der formalen Seite der Sache werden sich durch die Bemerkung vielleicht gänzlich beheben lassen, daß die „einheitliche“ Regelung der Materie in der Verfassung nirgends vorgezeichnet ist, die stückweise Regelung vielmehr nicht nur zulässig, sondern zum Theil schon faktisch durchgeführt ist.

Abg. Lüchhoff: Ohne auf die Verfassungsfrage einzugehen, will ich meine Freude darüber aussprechen, daß der von mir in der Kommission gestellte Antrag, die widerrücklichen staatlichen Alterszulagen in das pensionsfähige Einkommen mit einzurechnen, sowohl bei der königlichen Regierung als beim Hause keinen Widerspruch erfahren hat, ebenso daß eine Erklärung des Herrn Regierungskommissars die Ansprüche der schlesischen Lehrer auf eine Extrapension von 120 M., erworben durch Einzahlung in die Lehrerpensionsanstalt, für immer sicher gestellt hat. Ich bedauere dagegen, daß der Herr Finanzminister die von der Kommission erhoffte Uebernahme der Pensionslasten auf die Staatskasse in der Höhe bis zu 900 M. abgelehnt hat, bei einem Gesamtgeben auf 750 M. wird vielen Mitgliedern die Annahme des Gesetzes erschwert, bei 600 M. unmöglich gemacht, da eine Belastung der Kommunen eintreten würde. Ich hoffe aber, daß die Fürsorge um die Existenz der emeritirten Lehrer den Sieg davontragen wird.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) kann dem Gesetze seine Zustimmung nicht geben. Auch ein Nothgesetz müsse die Verfassungsbestimmungen respektiren: Art. 25 werde aber direkt verletzt, und alles dagegen Vorgebrachte seien nur Advokatengründe. Auch sehe er nicht, wo die Mittel für die neue Ausgabe von 3 bis 4 Millionen herkommen sollen. Abg. Richter habe zwar gesagt, und das habe ihn am meisten frappirt, bei einem Etat von 1000 Millionen müßte jeder Finanzminister diese paar Millionen übrig haben — ja, solche Finanzpolitik habe er, Redner, auf der Unmöglichkeit auch getrieben, wo er seinen Wechsel für unergänzlich hielt und Ausgaben auf Ausgaben häufte, bis er in die allerärmlichsten Finanzverhältnisse gerieth (große Heiterkeit). Er müßte mit einigen seiner konservativen Freunde aus diesen Gründen gegen die Vorlage stimmen; vorher müsse unbedingt die Verfassung geändert werden.

Abg. Enneccerus tritt den Ausführungen des Abg. Schmidt (Sagan) bei.

Abg. Kintelen: Die Verfassung ist für die Gesetzgebung einfach maßgebend; soll an der bestehenden Unterrichts-gesetzgebung irgend etwas geändert werden, so muß es im Sinne des Art. 25 der Verfassung und unter Beobachtung der Vorschriften desselben geschehen.

Minister v. Gohler: Der Art. 25 enthält einen gesetzgeberischen Grundsatz, von dem nach der bisherigen Konstanten und unbeanstandeten Praxis nicht nur auf dem Wege der Verfassungsänderung, sondern auch auf dem einfacher Gesetzgebung abgewichen worden ist. Die Behauptung, daß es zahlreiche Landgemeinden gebe, die ohne weiteres noch neue Belastungen tragen könnten, ist ohne Beweis geblieben; die Schulverwaltung hat gerade in den Gebieten, aus denen Herr v. Meyer stammt, aus der Neumark und Pommern, die entgegenstehenden Erfahrungen gemacht. Die Verwaltung kann das Odium nicht weiter auf sich nehmen, den Gemeinden immer neue Schullasten aufzulegen; die Verhältnisse drängen im Gegentheil immer gebieterischer dazu, daß reine, klare gesetzliche Verhältnisse zwischen der Schulverwaltung und den Gemeinden geschaffen werden. Heißen Sie uns bei dieser ersten Gelegenheit mit dazu!

Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. In der Spezialdebatte werden die §§ 1—25 der Beschlüsse zweiter Lesung mit unerheblichen Aenderungen genehmigt.

§ 26 (der § 9b zweiter Lesung) setzt nach den Beschlüssen zweiter Berathung fest, daß die Pension bis zur Höhe von 750 M. aus der Staatskasse, darüber hinaus von den bisher Verpflichteten zu zahlen ist. Alinea 2 bestimmt, daß das Stelleneinkommen zur Aufbringung der Pensionsbeträge nicht herangezogen werden darf.

Abg. Spahn beantragt, hinter Alinea 1 einzufügen „die auf besonderen Rechtsmitteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen.“

Abg. v. Rauchhaupt schlägt folgende anderweitige Fassung des Alinea 2 vor: „Das Stelleneinkommen der Land-schulen darf zur Aufbringung der nach diesem Gesetze zu zahlenden Pensionsbeträge nur insoweit herangezogen werden, als dasselbe nicht unter das Mindestgehalt sinkt, welches durch die Schulaufsichtsbehörde für die einzelnen Landestheile festgestellt ist.“

Ueber den letzteren Antrag entspinnt sich eine längere Debatte. Die Abgeordneten v. Lyndor und Wolff treten für das Amendement ein, welches — mit einigen vom Abgeordneten v. Redlich vorgeschlagenen Modifikationen, welche der Antragsteller zu den seinigen macht — die Gemeinden vor einer neuen Belastung schützen soll, den Lehrern aber gegen den gegenwärtigen Zustand immer noch erhebliche Vortheile zuwenden, während die Abg. von Schenkendorf und Bächtemann ihrer Ueberzeugung über die Einbringung des Antrags Ausdruck geben, da doch die Kommission einstimmig den Grundsatz aufgestellt habe, daß der Stelleninhaber nicht mehr zu Gunsten des emeritirten Vorgängers auf einen Theil seines Einkommens zu verzichten haben solle. Der Abg. diesen gesunden, neu aufgestellten Grundsatz schleunigst wieder über Bord zu werfen, den Lehrern mit der anderen Hand wieder zu nehmen, was man ihnen soeben mit der einen gegeben, werde weder die nationalliberalen, noch die freisinnige Partei ihre Unterstützung leihen.

Abg. v. Redlich (Nüßlihausen) bittet das Haus, im Interesse des Zustandekommens des Ganzen (Widerspruch links) den von ihm amendirt Antrag Rauchhaupt anzunehmen.

Minister v. Scholz: Zum Zustandekommen des Gesetzes

gehört vor Allem, wie ich den Ausführungen des Vortragenden gegenüber bemerke, daß in Art. I des § 56 die Zahl 750 auf 600 herabgesetzt wird. (Heiterkeit.)

Abg. v. Rauchhaupt sucht statistisch nachzuweisen, daß die Nichtberücksichtigung des Stelleneinkommens zur Pension in mehreren tausend Fällen den Gemeinden eine ganz erhebliche neue Belastung auferlege. Die Vorlage, wie sie jetzt gestaltet sei, repräsentire sich überhaupt nicht als Nothgesetz, sondern sei ein vollständiges Schul-Dotationsgesetz, welches ganz neue und enorme Belastungen den Gemeinden auferlege, eine Frage, die in der Kommission nur sehr oberflächlich behandelt sei.

Abg. Spahn empfiehlt sein Amendement, erklärt sich aber gegen dasjenige des Abgeordneten v. Rauchhaupt und findet es unbegründlich, wie man das vorliegende Nothgesetz als ein allgemeines Dotationsgesetz bezeichnen könne.

Minister v. Gohler: Die Regierung legt Werth darauf, daß kein Amendement in das Gesetz hineinkommt, das unklar ist; ob das Amendement Rauchhaupt angenommen wird, ist für die Regierung an sich unerheblich, da für die Staatskasse eine Erleichterung daraus keinesfalls erwachsen sollte, aber dem Antrage, worauf ich persönlich gar keinen Werth lege, vom Hause abgelehrt getreten werden, so bitte ich, mit den v. Redlich'schen Modifikationen anzunehmen.

Abg. Enneccerus: Als wir ihnen in der zweiten Berathung die Quotifikation empfahlen, da riefen Sie (rechts) Sie entgegen, daß Sie nicht die reichen Gemeinden entlasten wollten und nun kommen Sie uns mit einem Vorschlage, der gerade die armen Gemeinden treffen muß. In prosolatorischer Weise ist von Herrn v. Rauchhaupt angedeutet worden, daß von dieser Seite und auch von uns mit diesem Gesetze Agitationen mittel verfolgt werden sollten. (Abg. Windthorst: Ob ich gestern Wohl!) Ich halte es für sehr wohlfeil, human sein können, werden wollen auf Staatskosten. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Ja, bezahlen Sie denn, was Sie hier bewilligen, offen und Ihrer Tasche? Ich halte derartige Vorwürfe nicht für sehr edel. Der einzige Grund, der mich bestimmen könnte, die in dieser Rauchaup'schen Vorlage zuzustimmen, wäre die Gefährdung des vorliegenden Gesetzes. Wie ist das aber möglich? Was innerlich Sie (rechts) das Gesetz zu Falle bringen, weil hier an die Punkte Ihren Wünschen nicht Rechnung getragen ist, so ist die Stellung Sie es. Was die Regierung betrifft, so haben wir ja verschiedene gehört, daß sie kein besonderes Gewicht auf diesen Antrag legen. Es bleibt also nur noch das Herrenhaus übrig. Nun glücken diese Ihr nicht, daß das Herrenhaus um dieses Punktes willen das Gesetz wird scheitern lassen. Aber selbst wenn das Herrenhaus wäre, bleibt uns noch Zeit, die Sache noch einmal zu besprechen. Vor der Hand haben wir die Pflicht, nach dem Kommissar dafür zu sorgen, daß das Gesetz ohne den Rauchaup'schen Antrag zu Stande kommt. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Windthorst: Wir haben bisher nicht um die Sache, aus welchen Motiven das Gesetz eingebracht ist, aber doch recht nett, daß wir endlich etwas hinter die Schenke kommen. Der Antrag Rauchhaupt hat allerdings eine Stelle berührt, da das Gesetz zweifellos außer dem Staate auch den Gemeinden neue Lasten aufbürdet. Aber ohne Belastung der Gemeinden wird man den Lehrern überhaupt nicht helfen können. Und dieser Antrag kommt jetzt, ohne daß man den Rauchaup'schen Vorwurf, das Gesetz zu Falle bringen wollen, ihm wenigstens einige Steine in den Weg zu werfen, während man doch die Noth für so hält, daß man ein Nothgesetz machen muß, daß man Verfassungsbedenken bei Seite schiebt, daß man dieselben mehr kommissarisch berathen wollte, um auch nicht einen zu verlieren. Ich fürchte, Herr von Rauchhaupt wird von der „Norddeutschen“ eine Spitze erhalten wie ich schon kommen habe. (Heiterkeit.) Der Antrag Rauchhaupt ist aber sachlich eine bedauerliche Rechtsungleichheit herbeiführt. Nach Herrn v. Rauchhaupt erhielten junge Lehrer die Stellen, während man diese doch wohl den schon bediensteten Kräften wird geben wollen. Die Aufbahrung der Pension des Gehalts des Nachfolgers wirkt gleich dem Ausgehen der Pension. Wenn dieses schon zwischen Eitem und Rindern schweren Unzulänglichkeiten führt, um wie viel mehr zwischen Fremden. Es ist eben unrichtig gewesen, aus dem Dotationsgesetz ein Stück herauszunehmen. Man müßte den Minister einen Dispositionsfonds für diesen Zweck bewilligen damit er der Noth im einzelnen Falle abhelfe. So hat man seitdem ein Gesetz gemacht, und möchte nun, wo man es gerade bekommen ist und gesehen hat, daß der Sprung zu weit war, gerne zurücktreten. (Heiterkeit links und im Zentrum.)

Abg. v. Hammerstein: Die Schwierigkeiten, die hier erheben, sind künstlich in das Gesetz hineingetragen, man drei Pflegen mit einer Klappe schlagen wollte; die Pflegen aufbessern, die Gemeinden entlasten und endlich noch die Gehälter der aktiven Lehrer aufbessern. Was bei Dotation der aktiven Lehrer mit dem Pensionsgesetz zu thun wir beschließen uns, den einen Zweck zu erreichen: eine Ueberwindung der Pensionsverhältnisse der Volksschullehrer herbeizuführen. Dieser Zweck wird durch den Rauchaup'schen Antrag gestiftet, wenn er Wir bitten daher, denselben anzunehmen, um so mehr, als den Gehaltsverhältnissen der aktiven Lehrer durch denselben nichts geändert wird.

Die Debatte wird geschlossen, und das Alinea 1 der Paragrafen mit dem Antrag Spahn angenommen. Der Antrag v. Rauchhaupt wird hierauf mit 131 gegen 129 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmten nur die beiden konservativen Parteien und mit ihnen die Mitglieder v. Puttkamer und Lucius.

Alinea 2 wird unbeeinträchtigt angenommen, desgleichen im Ganzen und der Rest des Gesetzes. Die definitive Gesetzgebung kann nach der Geschäftsordnung erst erfolgen, wenn eine Zusammenstellung der Beschlüsse dritter Lesung derjenigen der zweiten gedruckt und an die Mitglieder theilt ist; mangels des Widerspruchs eines Mitgliedes, das aber von diesen Vorschriften Umgang genommen werden seiner die Abstimmung sofort erfolgen. Abg. Windthorst erklärt diesen Widerspruch und bittet um Drucklegung; so wird ein v. Redlich giebt bekannt, daß Beratungen zum Gesetze es, welche Druck getroffen seien, und daß die Abstimmung also im Laufe der heutigen Sitzung vorzunehmen werden können. Schon den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung des Beschlusses über die Bauausführungen der Eisenbahnverwaltung pro 1. Oktober 1883. Der Präsident ertheilt dem Referenten des Beschlusses, Abg. Bächtemann, das Wort. (Zahlreiche Beifall.)

Abg. v. Cygnern: Ich muß mich ganz entschieden gegen diesen Antrag wenden. Wir müssen doch so lange die Verhandlungen fortsetzen, bis nach der Drucklegung die Abstimmung über den Antrag v. Redlich stattgefunden hat. Wie der Abg. Windthorst in den Reichstag kommt, ist ganz gleich; er ist selbst daran schuld, daß er noch nicht

Abg. v. Cygnern: Ich glaube, bestimmt gehört zu dem Beschlusse Windthorst nicht zustimmend.)

Präsident: Unstimmte Laute (Stürmische Beifall) sind doch noch kein Antrag.

Abg. Windthorst: Ich beantrage nunmehr in den ersten Zönen (erneute schallende Heiterkeit) die Vertagung, und zwar mit Rücksicht auf die Sitzung des Reichstages.

Abg. v. Cygnern: Ich muß mich entschieden gegen diesen Antrag wenden. Wir müssen doch so lange die Verhandlungen fortsetzen, bis nach der Drucklegung die Abstimmung über den Antrag v. Redlich stattgefunden hat. Wie der Abg. Windthorst in den Reichstag kommt, ist ganz gleich; er ist selbst daran schuld, daß er noch nicht

Abg. v. Cygnern: Ich muß mich entschieden gegen diesen Antrag wenden. Wir müssen doch so lange die Verhandlungen fortsetzen, bis nach der Drucklegung die Abstimmung über den Antrag v. Redlich stattgefunden hat. Wie der Abg. Windthorst in den Reichstag kommt, ist ganz gleich; er ist selbst daran schuld, daß er noch nicht

Abg. v. Cygnern: Ich muß mich entschieden gegen diesen Antrag wenden. Wir müssen doch so lange die Verhandlungen fortsetzen, bis nach der Drucklegung die Abstimmung über den Antrag v. Redlich stattgefunden hat. Wie der Abg. Windthorst in den Reichstag kommt, ist ganz gleich; er ist selbst daran schuld, daß er noch nicht

Abg. v. Cygnern: Ich muß mich entschieden gegen diesen Antrag wenden. Wir müssen doch so lange die Verhandlungen fortsetzen, bis nach der Drucklegung die Abstimmung über den Antrag v. Redlich stattgefunden hat. Wie der Abg. Windthorst in den Reichstag kommt, ist ganz gleich; er ist selbst daran schuld, daß er noch nicht

(Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: Ich habe gar nicht gehört, daß der Präsident schon heute abstimmen lassen will; das können wir auch morgen. Ich erkläre mich schon jetzt ganz entschieden gegen die Abstimmung schon jetzt vorzunehmen.

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt; die Bülchtemann referiert über den genannten Bericht der Landhauverwaltung unter sehr geringer Aufmerksamkeit des Hauses und empfiehlt, denselben durch Kenntnignahme für erledigt zu erklären.

Nach kurzer Diskussion, an welcher sich die Abgg. Dieber und Berger, sowie Ministerialdirektor Schneider beteiligten, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Ebenso wird nach unbedeutender Debatte in Bezug auf die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1881/82 die Entlassung der Staatsregierung auf Antrag der Rechnungs-Kommission ausgesprochen.

Begleitend der Denkschrift über die Erklärung des Besatzungsstandes für den Stadtkreis Bielefeld und ohne jede Debatte ein vom Abg. Gahn kurz motivierter Antrag angenommen, wonach das Haus die seitens der Regierung geleagte Rechenschaft für genügend anerkennt.

Es erfolgt nunmehr die Gesamtabstimmung über das Lehrrerpenfionsgesetz. Dasselbe wird mit großer Mehrheit definitiv genehmigt; dagegen votiren nur kleiner Theil der Konserwativen und einige Zentrumsmitglieder.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Rechts- und Verordnungs-Liste für Hessen-Nassau.)

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages hat gestern wieder eine Sitzung ab. Bei Beratung der Petition von Herrn... (Text continues with details of the petition and the commission's response, mentioning various petitions and the commission's deliberations.)

Lokales.

Ein Streit ist gewiß immer die „ultima ratio“, das heißt die Auslastungsmittel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn der Arbeitnehmer sich in seinem guten Rechte gekränkt fühlt, wenn er unter dem Druck der Verhältnisse nicht mehr leben kann, so stellt er die Arbeit ein und sucht so den Arbeitgeber zu zwingen, ihm die zum Leben notwendigen Bedingungen zu gewähren. Gleich unheilvoll ist in vielen Fällen der Streit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, er ist aber ein soziales Uebel, und als solches muß derselbe stets aufhört und behandelt werden. Welche Umsome von Noth und Beschwerden legt nicht fast immer eine Arbeitsinstellung den Arbeitnehmern auf, nur mit den äußersten Anstrengungen kann der Kampf zwischen Arbeit und Kapital, streitig geführt werden. Jedenfalls aber zwingen den Arbeitnehmer immer nur die ernstesten Ursachen zum Streit, und der Arbeiter, der absolut keine Kenntnis von den Verhältnissen der Arbeit hat, kann über eine Arbeitsinstellung in seichter Weise spödeln und wipeln. So schreibt der „Berliner Börsen-Courier“, das Organ der Bismarck-Presse und der Börsenjobber seiner gestrigen Morgenausgabe: „Wenn sich die und zu sehende Nachricht eines Lokalberichterstatters bestätigt, so droht ein in merkwürdiger Streit. Die hiesigen Barbiergehilfen, welche sich zusammenrotten und nicht mehr ihren Kanon sondern ihren Meistern das Wasser an die Kehle legen werden. Schon lange gährte es in der Brust dieser Jünglinge den rothen Händen und genial lavirten Hosen, und jetzt schäumt ihre Enttäuschung über, wie der weiße Schaum aus dem meißenden Es-Becken. Ein Barbiergehilfen-Konvent, der vorgestern Abend in einem Lokal der Dreidnerstraße Köpfe zusammen stückte, hat die Parole ausgegeben: „Streit! Kampf bis auf's Kaffeemehl!“

Berlin's Barbiergehilfen verlangen Abschaffung der Arbeitszeit, Einschränkung der Arbeitszeit und Befreiung jenes allzünftlerischen Gebrauchs, nach dem die Bergehen und kleinen Sünden der Barbieren in der „Barbierzeitung“ bekannt gemacht und dem Hohne preisgegeben werden. Sind nun, um auf die Sache selbst einzugehen, diese Bergehen etwa unbedeutende oder lächerliche? Ein verständig Mensch wird das sicherlich behaupten wollen. Ueber die Wichtigkeit der sogenannten Arbeits- oder Arbeiterzeitung, wie sie in diesem Falle heißen, ist genug geschrieben. Jeder weiß, daß dieselben eine Orgel in der Hand des Arbeitgebers sind, und daß nur von höchst zweifelhafter Bedeutung sind. Daß der „Barbiergehilfen-Konvent“, der Ausschuss der hiesigen Barbiergehilfen in demselben genannt wird, für eine Verletzung der Arbeitseinstellung ist doch jedenfalls kein Grund dafür, eine durchaus ehrenvolle Gewerkschaft dem löblichen Gelächter der Börse und der Anhänger Preis zu geben. Und ist es etwa nicht

recht und billig, daß sich die Barbiergehilfen gegen den groben Unfug in der „Barbierzeitung“ nach Weidewerth wehren? Kennt man irgendwo noch in der Welt eine ähnliche Einrichtung, daß über die guten und schlechten Eigenschaften eines Arbeitnehmers, über seine Beziehungen und Unterlassungen öffentlich Buch geführt wird? Ist diese „Barbierzeitung“ nicht ein Pranger, der im neunzehnten Jahrhundert überhaupt unmöglich sein sollte? In dieser Weise sucht man also die gepriesenen Freiheiten zu vertheidigen, von denen die „liberalen“ Zeitungen förmlich triefen! Mit Spott und Hohn sieht man den Bestrebungen der arbeitenden Bevölkerung zu, die doch nur darauf hinausgehen, die Lage derselben einigermaßen erträglich zu machen. Dem Artikelverfasser des „Börsen-Courier“ gefallen die rothen Hände der Barbieren nicht. Nun, ganz gewiß läßt die rothe Farbe von einer Beschäftigung her, die nützlich und ersprießlicher ist als Fäzen und Jodieren, und es muß gewiß Verwunderung erregen, daß sich der „Berl. Börs.-Courier“ gerade hierüber aufbläst, denn in seinen Kreisen kann man auf körperliche Vorzüge doch wahrhaftig nicht stolz sein. Jedenfalls steht die ganze Arbeiterschaft aus solchen Vorkommnissen, was sie von dem „Liberalismus“ oder „Freisinn“, oder welchen Namen sich der Reichsmaßstab sonst noch beizulegen beliebt, zu halten hat: so lange man die Stimmen der Arbeiter braucht, schmeichelt man ihnen nach jeder Richtung, hat man dieselben nicht nötig, so begegnet man dem Arbeiter und Handwerker mit albernem Wigeleien, die für jeden ernsthaften Menschen widerlich sind.

a. Von der „Stenographischen Prüfungskommission“ sind seit Dezember v. J. zehn Prägungen von Lehrern der Stenographie erledigt worden. Drei Bewerber erhielten Nr. 1, zwei Nr. 2, einer Nr. 3. Ein Gymnasiast erhielt ein Fähigkeitszeugnis zur Unterrichtsberufung an Mitschüler, während ein anderer Examinandus das eingereichte Gesuch zurückzog.

b. Auch ein Zeichen der Zeit. Die flämische Regierung läßt jetzt in Berlin flämische Schriften für ihre Staatsdruckerei schneiden und gießen. Solche gotische Aufträge kamen früher nur London und Paris zu Gute. Seitdem aber der Name Berlins einen Weltklang erhalten und ein flämischer Prinz sich hier umgesehen, hat man erkannt, daß Berlin solche Sachen billiger und besser liefert. Denn ein in London gedruckter englisch-flämischer Kalender auf 1885 läßt viel zu wünschen übrig.

N. Im Zoologischen Garten ist seit gestern die Einrichtung getroffen worden, daß die Fütterung der Fleisch- und Fisch-fressenden Thiere alltäglich zu genau bestimmten Zeiten in ununterbrochener Reihenfolge stattfindet. Bis auf Weiteres werden demgemäß von morgen an die Vögel um 4 1/2 Uhr gefüttert, die Kraniche, Reiher und Störche an der Südseite des Neptunsteiches um 4 1/2 Uhr und die Raubvögel um 6 Uhr. Genau um 5 1/2 Uhr folgt die Fütterung der Säugethiere und an diese schließt sich um 6 Uhr die Fütterung im großen Raubthierhaus.

Das alte Isarnenmäßige Postzeugamt in der Draniensburgerstraße wird jetzt abgerissen, um einem Neubau als Postamt für den neuen Posthalterei Platz zu machen. Man muß es der Reichspost zugestehen, daß wohl keine Behörde geschmackvoller als sie baut. Merkwürdig ist die Entstehung der Posthofanlage in der Draniensburgerstraße. Der General-Postmeister König Friedrich I. Graf von Wartenberg, faßte nämlich den Plan, hier eine Art Postillonskaserne entstehen zu lassen und zwar durch freiwillige Beiträge „sämmtlicher“ Postbeamten. Diese gaben sich von 1705—13 5682 Thaler ab, der König schenkte 1500 Thaler und 1713 war das Postillonshaus fertig. Posthalterei ist es seit 1766. Eine Postillons-Wohnung von Stube und 2 Kammern kostete jährlich einen Thaler zwölf Groschen, eine Stube und eine Kammer einen Thaler, eine Stube zwölf Groschen. Die Zeiten, in welchen das Geld einen so hohen Werth hatte, sind allerdings dahin. Heute ist es bedeutend im Preise gesunken, ob man aber deswegen besser lebt, ist sehr die Frage.

a. Ein abgethaner Kommissionsär. Dem bisherigen Grundbesitz-Kommissionär Theodor Schulz in der Friedrichstr. 6 ist durch das nunmehr rechtskräftig gewordene Urtheil des hiesigen Bezirks-Ausschusses vom 10. März cr. der Betrieb des Gewerbes als Vermittlungsbüro für Immobilien-Verträge unterlagt worden, und zwar wegen Unzuverlässigkeit des Schulz in Bezug auf seinen bisherigen Gewerbetrieb aus § 35, Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung. Schulz hatte sich, wie in den Urtheilsgründen erwähnt wird, von verlauslustigen Grundbesitz-eigenthümern, welche ihm die Vermittlung des Verkaufs übertragen haben, folgenden Revers ausstellen lassen: „Auftrag giltig bis... Hiermit beauftrage ich Herrn Theod. Schulz mit einem Käufer für mein Gut N. N. zu beschaffen resp. nachzuweisen und zahle ich demselben sofort nach erfolgtem Verkauf eine einmalige Provision von 1 pSt. der Kaufsumme. Dieser Auftrag wird mit der oben bestimmten Zeit ungültig.

„Fände ich aber anderweitig einen Käufer, wird der Auftrag abgestellt oder ungültig, so hat Herr Theod. Schulz, falls ihm die Provisionsforderung nicht erwächst, Anspruch auf ein Abstandshonorar von... N. als Kaufschquantum für Enttragung in das Kontorregister und für „Annoncen.“ Schulz ließ sich gewöhnlich 100 Mk. resp. 50 Mk. Abstandshonorar zusichern, welches in jedem Falle an ihn zu zahlen war, während die Auftraggeber, welche diesen Revers unterschrieben haben, ohne die Bedeutung der schlau gewählten Wort- und Satzfügung vollständig zu verstehen, glaubten nur im Falle, daß sie selbst ihren Auftrag innerhalb der bestimmten Zeit abstellen oder das Grundstück anderweitig verkaufen, zur Zahlung des Abstandshonorars verpflichtet zu sein. Verließ dieser Termin, ohne daß Schulz einen Kaufinteressenten nachwies oder auch nur eine bestimmte Persönlichkeit in Aussicht stellte, so verlangte er das Abstandshonorar und sagte, wenn die Zahlung abgelehnt wurde, diesen Anspruch ein. In der Regel suchten sich die in dieser Weise von ihm geschädigten Personen mit ihm zu einigen. Im Jahre 1884 hat Schulz nahe an 200 Vermittlungsaufträge gehabt, von denen er nur 4 Aufträge angeblich ausgeführt hat. — Das Urtheil gegen Schulz hat, wie wir noch erwähnen wollen, den praktischen Werth, daß er bei der nunmehr unbedungenen Fortsetzung seines ehemaligen Gewerbetriebes nach § 148 B. 4 der Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis 160 Mark resp. mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft werden kann und daß er aus den von ihm in Zukunft abgeschlossenen Vermittlungsverträgen zivilrechtliche Ansprüche nicht geltend machen kann.

b. Auf der Leipziger Engros-Messe, welche in dieser Woche begonnen hat, steht es wahrhaft trüblich aus. Daß der asghanische Konflikt gerade in diese Woche fiel, gab ihr vollends den Rest. Ausländische Käufer sah man gar nicht. Berlin ist mehr und mehr der Blag, wohin sich Alles wendet und es ist ein wahres Unglück, daß der Bau der großen Waarenbörse in der Burg- und Heiligengeiststraße noch immer über bürokratische Schwierigkeiten stolpert. Berlin würde mit dieser permanenten Messe die ganze Welt zu sich ziehen.

Die Neue Welt eröffnete am Donnerstag Abend unter der neuen Dekoration des Herrn Wohl den glänzenden renovirten Ball champêtre mit einem Abendfeste. Zahlreiche Gönner dieses weltberühmten Etablissements hatten sich eingefunden, um dies Meisterstück der Dekorationskunst zu bewundern. Es war in der That interessant die überaus feinen Mienen der Erscheinenden zu beobachten, die sämmtlich der Meinung waren, daß etwas Ähnliches bisher in Berlin nicht existirt habe. Der Gesamteindruck ist von imponirender Wirkung. Die Festsammlung verlief in äußerst animirter Stimmung und fand erst ihren Schluß, als der anbrechende Tag mit dem elektrischen Licht einen nicht zweifelhaften diebenden Kampf zu führen begann. —

Am Sonntag werden sich die mit größtem Geschmac renovirten Gesammträume des Etablissements dem Publikum öffnen. Herr Ruskodirektor Schlow wird seine bewährte Kapelle ins Leben führen und nunmehr bestimmt die Saison eröffnen, die in diesem Jahre nach den uns gemordenen Mittheilungen eine äußerst interessante zu werden verspricht.

Das weite Terrain der schwedischen Eisbahn in der Pionierstraße ist tagtäglich von Publikum besucht, das den hier ausgestellten Wunderwerken aus allen Ländern eine gerechte Bewunderung zollt. Der Lord'sche Zirkus, der die Konkurrenz mit jeder Arena aufzunehmen im Stande ist, sowie die bei dem Anlangen eines Militärs-Konzerts arrangirten Volksabtheilungen bieten Jedermann ein ebenso originelles wie billiges Vergnügen. Die Direktion, welche bisher mit allerlei Widerwärtigkeiten zu kämpfen gehabt hat, hat trotzdem dem Unternehmen von Tag zu Tag neue Freunde zugeführt. In eingeweihten Kreisen ist man neugierig, ob die angerufene Entscheidung des Gerichts sich der Ansicht des Polizeipräsidenten anschließen wird, daß die der schwedischen Eisbahn ertheilte Schankkonzession, die für das Terrain der Eisbahn nachgesucht und bisher ohne Anfechtung auch im Sommer polizeilich respektirt worden ist, nur für die Dauer des Eises Gültigkeit hat. Da die Entscheidung voraussichtlich nicht gleich erfolgen wird, so ist inzwischen eine neue Konzession nachgesucht, die dieser Tage genehmigt werden dürfte.

Gerichts-Zeitung.

P. Zwei Buchmacher erschienen gestern in der Person des Kaufmanns Richard Julius Gebriede und des Handlungs-Kommiss Friedrich August Reye vor den Schranken der Straf-Kammer des Landgerichts II. Auf der Rennbahn zu Charlottenburg hatten die Angeklagten im Sommer des verflohenen Jahres Wetten abgeschlossen und waren von der wachsamsten Kriminalpolizei notirt worden. Unter dem Weltpublikum befanden sich namentlich zahlreiche Offiziere; dabei soll es denn sehr hoch hergegangen sein und die Goldstücke rollten flott. Der längst verbrauchte Einwand der Angeklagten im Audienz-Termin, daß nur mit Bekannten Wetten abgeschlossen worden, zog nicht, dagegen ergab die Beweisaufnahme, daß die Angeklagten mit Verlust gearbeitet hatten. In einem Falle zahlte G. einem hiesigen Habitué der Rennbahn bei dem Einzug von 10 R. einen Gewinn von 25 R. heraus. Die Gewerbsmäßigkeit erachtete der Staatsanwalt für erwiesen und beantragte gegen G. 3 Monate Gefängnis, sowie 600 R. Geldbusse, gegen Reye 4 Wochen Gefängnis und 300 R. Geldbusse. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete gegen Gebriede auf 1 Monat Gefängnis, 600 R. Geldbusse eventl. für je 10 R. einen Tag Gefängnis, Reye wurde zu 2 Wochen Gefängnis sowie 300 R. Geldbusse verurtheilt.

Der kürzlich wegen einer Anzahl Betrügeleien verhaftete ehemalige Rittergutsbesitzer Herrmann, „Gewerke-Herrmann“ genannt, wurde gestern aus der Untersuchungshaft der 89. Abtheilung des Schöffengerichts vo geführt, um als Zeuge gegen den Portier Carl Klingberg vernommen zu werden, welchen er wegen Unterschlagung von 25 Pf. denungirt hatte. Herrmann hatte in Erfahrung gebracht, daß der Angeklagte, welcher Portierdienste in einem von G. verwalteten Hause versah, ihn um 25 Pf. betrogen hatte und zwar gelegentlich der Besorgung einer Stiefelreparatur. Da G. der Ansicht war, daß der Mensch bei Kleinigkeiten ehrlich sein müsse, so zeigte er den Klingberg der Staatsanwaltschaft an. Der Angeklagte hatte sich bei einem ehemaligen Zwise auch eine Sachbeschädigung zu Schulden kommen lassen, indem er vorzüglich einige Fenstercheiben zertrümmerte und wurde diese Sache gleich mitverhandelt. Wegen beider Vergehen bekam er 15 Tage Gefängnis. Auf den Zeugen Herrmann hatten übrigens die ihn kürzlich betroffenen Ereignisse, sowie die Untersuchungshaft eine auffallende Veränderung herbeigeführt, nur noch mit Mühe vermochte man in dem in Gefängnispanzern einhergehenden und mit dem ominösen blaueißkarirten Luche angehanen Mann, der sichtlich deprimirt schien, den von Bonhommie und Lebenslust strotzenden Herrn wiederzuerkennen, als welcher er früher austrat. So geht es in der Welt. Der „Gewerke-Herrmann“, der jedenfalls andere Leute um ganz andere Summen geprellt hat, als um lumpige 25 Pf., denungirt einfach einen solchen Uebelthäter. Wenn der verflohenen Rittergutsbesitzer dem Grundbesitz huldigt, in Kleinigkeiten muß man ehrlich sein, so glaube er höchstwahrscheinlich auch, daß man nur die kleinsten Diebe hänge, die großen aber laufen ließe.

y. Eine Vitrioleuse stand gestern in der Person der 30-jährigen Handarbeiterin Marie Hemmle Drucks vor der 87. Abtheilung des Schöffengerichts. Die Angeklagte war früher mit einem Arbeiter Schaffer verheiratet, die Ehe ist aber geschieden und dem Ehemann die Verpflichtung auferlegt worden, die Angeklagte durch bestimmte Alimente zu unterstützen. Wie sie nun behauptet, ist er dieser Verpflichtung nicht nachgekommen und sie dadurch in die bitterste Noth gerathen. Als sie nun vollends erfuhr, daß ihr geschiedener Ehemann im Begriffe stünde, sich wieder zu verheirathen, da regten sich Eifersucht und Rachedurst so mächtig in ihr, daß sie ein höchst verwerfliches Attentat in Szene setzte. Am Abend des 15. Februar d. J. lauerte sie dem Schaffer vor seiner am Heinrichsplatz belegenen Wohnung auf, unter ihrem Luche eine Tasse mit Oelum verborgen haltend. Anstatt des Erwarteten trat aber schließlich dessen Mutter, die Wittwe Schaffer auf die Straße, mit der die Angeklagte ebenfalls auf dem denkbar feindlichsten Fuße stand. Bald entwickelte sich zwischen Beiden auch ein bestiger Wortwechsel und nun änderte die Angeklagte plötzlich ihre frühere Absicht, sie schleuderte der ehemaligen Schwiegermutter den ägenden Inhalt der Tasse ins Gesicht, welcher ursprünglich für deren Sohn bestimmt war. Zum Glück für die Erstere wie für die Angeklagte hat die Betroffene keine Einbuße an ihrem Schoermdögen erlitten, nur eine Anzahl Narben erinnerte sie an das Attentat der Schwiegermutter. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, der Gerichtshof erkannte aber mit Rücksicht auf die von der Angeklagten am den Tag gelegte Reue nur auf eine Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen.

Auf die Anklage der Beleidigung des Kaisers, der Kaiserin und der Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, sowie wegen wiederholter intellektueller Urkundenfälschung hatte sich gestern der russisch-polnische Unterthan, Tonkünstler Franz Alexander Stoczyl vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte hält sich seit acht Jahren in Berlin auf und will ein Schüler Lausig's sein und außerdem auf dem Russischen Konseratorium seine weitere Ausbildung genossen haben. Aus den Jahren 1880 und 1881 liegen polizeiliche Anmeldungen vor, in denen sich der Angeklagte Dr. phil. v. Stoczylowski genannt hat. Durch diese Beilegung eines falschen Namens wie des Dokortitels und des Adelsprädicats soll er vorzüglich bewirkt haben, daß in den polizeilichen Melderegistern falsche Eintragungen vorgenommen worden sind. Seit dem Jahre 1881 lebte der Angeklagte mit einer Frau v. Radom im Konkubinat und hat Anfangs dieses Jahres die Absicht kundgegeben, nach seiner russischen Heimath zurückzukehren. Bei dem Versuch, dies zu verhindern, erkrankte Frau v. R. gleichzeitig Anzette von Auszehrungen des Angeklagten, die er beim Abendlich des 19. Februar cr. gegen den Kaiser, die Kaiserin und die Prinzessinnen unseres Königshauses ausgesprochen hat. Dieselben sind so unflätiger Natur, daß sie nicht wiederzugeben und daß der Gerichtshof die Öffentlichkeit der Verhandlung ausschließen mußte. Da der Angeklagte sich auf Abstreifen legte, wurden Zeugen über das frühere Verhalten des Angeklagten vernommen, und dieselben bekundeten, daß letzterer stets auf die Deutschen geschimpft und sich über das Oerwesen sehr despektirlich ausgesprochen hat. Wegen der Un-

Stabilität der Beleidigungen beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von 2 1/2 Jahren, der Gerichtshof erachtete aber mit Rücksicht auf die Ausländerqualität des Angeklagten eine achtzehnmönatliche Gefängnisstrafe für ausreichend.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Günstlich durchgeführter Streit. Montag, den 13. d. Mts. stellten die Arbeiter der Schraubenfabrik von G. A. Stelzner, Reichthorstr. 23, die Arbeit ein. Der Grund hierzu waren die Verhältnisse in dieser Fabrik. Herr St. hatte in dieser Fabrik Folgendes eingeführt: Bei Beginn der Arbeitszeit resp. Beendigung der Bauern mussten die Arbeiter sofort die Fabrik betreten haben, sonst belamten sie bis zur nächsten Pause keinen Einlass. Fast sämtliche Arbeiter stehen im Akkord, jedoch erhielten sie so viel, wie der Herr Werkführer ihnen auszahlen wollte, so dass mancher Familienvater mit 10-12 M nach Hause gehen musste u. s. w. Am Montag, den 13. hatten die Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt, es konnte deswegen natürlich nicht gearbeitet werden. Während der Frühstückspause kam der Befehl zu arbeiten, als derselbe nicht sofort ausgeführt wurde, wurden sämtliche Arbeiter ausgesperrt, weil man glaubte, dass die Arbeiter jederfallig um Einlass bitten würden. Diese lehrten jedoch den Spieß um, und stellten folgende Forderungen: Des Montags eine halbe Stunde früher Feierabend, des Sonnabends eine ganze Wöchentliche Lohnzahlung. Angabe der Akkordpreise, Offenhaltung des Thorweges 10 Minuten nach Beginn der Arbeitszeit, resp. nach Beendigung der Bauern. Nach 24 stündigem Verhandeln wurden sämtliche Forderungen bewilligt. Und was gab den Arbeitern den nöthigen Muth? Der Hinblick auf den Fachverein. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, demselben beizutreten.

Vereine und Versammlungen.

1. Die Tischler der Spiegelrahmenbranche waren am Donnerstag Abend unter Vorh. des Herrn Klose im Kellerischen großen Saale versammelt. Herr Stellmann erstattete Bericht über die gepflogenen Verhandlungen mit der Meisterchaft bezüglich des von den Gesellen für die Spiegelrahmenbranche aufgestellten Minimallohntarifes für Spezialarbeiten, und gab die Gründe an, welche die Kommission veranlassen, von der ursprünglich normirten Höhe der einzelnen Positionen abzuweichen. Als die der Innung zur Begutachtung eingereichten Minimallohntarife von dieser revidirt an die Kommission zurückkamen, fand in demselben Lokale, bei Keller, eine Versammlung der Tischler der Spiegelrahmenbranche statt, in welcher die von der Innung revidirten Tarife der Versammlung unterbreitet wurden, welche damals der Branchen-Tarifkommission bestimmte Direktion gab für die Verhandlungen mit den Meisterkommissionen. Als nun die erste Sitzung der beiderseits gewählten Kommissionen beider gemeinsamer Berathung des Tarifs der Spiegelrahmenbranche stattfand, stellte es sich heraus, dass die fünf in die Tarifkommission gewählten Innungsmeister ohne Mandate waren, aus welchem Grunde in die Verhandlungen nicht eingetreten werden konnte. In der darauf stattgefundenen Versammlung kam es sodann wohl zu einer Berathung, jedoch zu keiner Einigung und hat eine fernere gemeinschaftliche Sitzung von Meistern und Gesellen zu diesem Zwecke nicht stattgefunden, weshalb am dritten Osterfeiertage eine kombinierte Sitzung derjenigen Gesellen-Tarifkommissionen für deren Branchen eine Einigung mit den Meistern nicht erzielt worden war, stattfand, und in welcher die betr. Minimallohntarife endgültig festgestellt wurden. Die Zentral-Lohnkommission war in dieser Sitzung der Ansicht gekommen, dass sie bei Aufstellung des Tarifs über die in den Werkstätten gezahlten Preise falsch unterrichtet worden war, in Folge dessen der anfängliche Tarif eher den Anforderungen eines Normal- als Minimallohntarifs entsprach, weshalb sie sich in Uebereinstimmung mit der Branchen-Tarifkommission veranlasst sah, die Normirungen einzelner Positionen herabzusetzen. Dieser Umstand fand nicht die ungeheilte Billigung der Versammlung, stieß vielmehr mehrfach auf Widerspruch, indem geltend gemacht wurde, dass die Tarifkommission mit gebundenen Mandaten betraut worden wäre, was von Hrn. Stellmann jedoch entschieden in Abrede gestellt wurde, indem er sich auf die Ungebundenheit der Tarifkommission berief und darauf hinwies, dass es ohnehin noch eines heißen Kampfes bedürfen werde, um den Minimallohn in seiner jetzigen ermäßigten Form zur Durchführung zu bringen. Dies müsse aber unbedingt geschehen und könne man getrost den Lohnkampf aufnehmen, da die Tischler ausreichend mit Geldmitteln versehen seien, zudem in diesem Jahre größere Unterstützungen von anderen

Korporationen zu erwarten hätten, als im vorigen Jahre. Die Unzufriedenen erklärten die vorgelegene Thatsache bezgl. des niedriger bemessenen Minimallohntarifs schließlich an und war die Versammlung entschlossen, diesen nunmehr für alle Fälle zur Durchführung zu bringen und nahm zum Schluss die Tarifbogen entgegen, um die zur Zeit in den einzelnen Werkstätten gezahlten Arbeitspreise zu beurtheilen.

Der Bezirksverein des werththätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt hielt am Dienstag, den 14. April eine Generalversammlung in Reiffers Lokal, Schönhauser Allee Nr. 161 ab. Der Vorsitzende Herr Frägle hielt zunächst eine Ansprache an die Versammlung, in der er lobend den verstorbenen Kassirer Joseph erwähnte. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sigen. Es folgte hierauf die Erziehung und wurden gewählt, als 2. Vorsitzender Herr Schindler, 2. Schriftführer Herr Payer, 1. Kassirer Herr Bensch, zum Beisitzer Herr Radwig und zum Revisor Herr Blauried. Hiernach hielt Herr Dr. Lesser einen Vortrag über die Papierfabrikation und schilderte die Handarbeit sowie die Thätigkeit der Maschinen dieser Branche in ausführlichster Weise. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Zu Verschiedenes wurde der Antrag gestellt, für die Wittve Joseph eine Teilerhebung zu veranstalten. Der Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Die Lohnkommission der Schuhmacher Berlins hat eine Petition aufgearbeitet, in welcher die traurigen Verhältnisse des Schuhmachergewerbes kargelegt werden. Dieselbe wird in nächster Zeit dem Reichstag zugesandt werden. In dieser Petition ist der Wunsch ausgesprochen: „Ein hoher Reichstag wolle bei der bevorstehenden Berathung und Beschließung über das Arbeiterschutzgesetz vor Allem seine volle Unterstützung den Paragraphen zu Theil werden lassen, die eine gesetzlich bestimmte Maximalarbeitszeit und einen gesetzlich bestimmten Minimallohn festsetzen.“ In diesem Zwecke tagte am 14. d. M. in der Holzmarktstraße 72 eine Versammlung, welche von Arbeitgebern und Arbeitnehmern genannten Gewerbes sehr gut besucht war. Der Schuhmachermeister Engler hatte die Aufgabe übernommen, über die Petition zu referiren, was er auch zur Zufriedenheit der Versammlung ausführte. Der Referent empfahl, die Petition an den Reichstag einzuschicken und die Herren Abgeordneten zu ersuchen, für dieselbe einzutreten. Sodann verdrückte der Referent sich über die traurige Lage der Schuhmacher, die der großen Mehrzahl nach nicht mehr im Stande seien, selbstständig zu werden und kam zu dem Schluss, dass Abhilfe nur möglich sei durch Erleichterung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. An der Diskussion theilnahmen sich viele Redner, welche abgesehen von untergeordneten Fragen, dem Referenten zustimmten. Mit allen gegen 2 Stimmen gelangte schließlich ein Antrag zur Annahme, in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Privatwirtschaft und Produktivgenossenschaften mit Staatskredit.“ In seinem Schlusswort bemerkte Herr Engler, die Schuhmacher hätten keinen Grund, ihre Armut zu verschweigen, sondern sogar die Pflicht, dieselbe aufzuzeigen. Petitionsbogen sind gratis durch Herrn S. Ege, Dragonerstr. 48 zu beziehen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Artikels gebeten. Die Lohnkommission der Schuhmacher Berlins.

Aufruf an die Metallarbeiter Berlins. Kollegen! Am Sonntag, den 19. d. M., Vorm. 10 Uhr, findet in dem Lokale „Neu Tivoli“, Dranienstr. 53, eine große Versammlung der Vereinigung deutscher Metallarbeiter, Mitgliedschaft Berlin (S.) statt. Herr Dr. Angerstein wird einen interessanten Vortrag über die Kriegführung in den asiatischen Wüsten und Steppen mit besonderer Bezugnahme auf die jetzigen Verhältnisse in Asien halten. Außerdem findet Neuwahl eines Beitragsamtlers, sowie dreier Stellvertreter statt. Es wäre in Anbetracht des interessanten Vortrages zahlreicher Besuch sehr erwünscht. Mitglieder sämtlicher Mitgliedschaften Berlins werden daher gebeten, in der Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Ebenso sind Gäste sehr gern gesehen.

Kranken- und Begräbniskasse der Berliner Gürtler und Bronceur (Eingesch. Hilfskasse 60). Die Hauptabtheilung befindet sich bei Foellner, Ritter- und Pringensstraße Ecke des Sonntags, Vormittags, von 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr, des Sonnabends und Montags von 7 bis 9 Uhr Abends. Dasselbst werden auch neue Mitglieder aufgenommen; ebenso beim Rentier Winterfeld, Dranienstr. 2a, vorn 3 Tr. Sprechstunden: Sonntags von 8-9 Vormittags, Wochentags von 7 bis 10 Vormittags und von 12-3 Uhr Mittags. Außerdem nehmen Beiträge täglich entgegen: Ballwig, Pringens- und Moritzstraßen Ecke, im Restaurant Kreuz, Colubus-Play im Restaurant Johrholz, Weberstraße 13, im Restaurant

Röhl, Bergmannstr. 105, Zigarrengeschäft. Ballmüller, ranenstr. 28, Zigarrengeschäft.

Eine große öffentliche Generalversammlung Berliner Zimmerleute mit besonders wichtiger Tagesordnung wird Sonntag, den 19. d. Mts., Vormittags, in „Salon“, Köpcke'sche Straße 100, stattfinden. Auf der Tagesordnung der von der Kommission (S. A.: H. Rudolph) einberufenen Versammlung steht: 1. Stellungnahme der Berliner Zimmerleute zur Lohn- und Unterstützungsfrage. 2. Abrechnung dieses Quartals 1885. 3. Neuwahl der Kommission; der Revisor. 4. Bibliothek Angelegenheit. 5. Bericht Rein Zimmermann, dem die Wahrung seiner eigenen Interessen am Herzen liegt, sollte in der Versammlung fehlen.

Der Fachverein der Tischler hält am Montag, 20. d. Mts., Neue Grünstraße 28, in „Jordan's Salon“, ordentliche General-Versammlung ab. deren Tagesordnung lautet: 1. Vierteljahresbericht des Vorstandes, der mächtigsten und der Arbeitsvermittler. 2. Erziehung des Vorstandes, der Kontrolleure und Arbeitsvermittler. 3. Bericht Vereinsangelegenheiten. Nur Mitglieder haben Zutritt. Vorgelegte des Quartalsbuches. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Diejenigen Mitglieder, welche an dem Tag in der Handwerkschule theilnehmen wollen und die Beihilfe von Seiten des Vereins reflektiren, müssen sichstens in dieser Versammlung beim Vorsitzenden melden.

Eine Generalversammlung sämtlicher Tischler findet am Sonntag, den 19. April, Vormittags 10 1/2 Uhr statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Garten wird um 11 eröffnet. Sämtliche Berliner Tischler werden im Interesse ersucht zu erscheinen.

Eine Generalversammlung der Mitglieder des Vereins für Schlosser und Berufsgenossen findet Sonntag, den 18. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierkommandantenstr. 77/79 statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Herrn Dr. Lesser „Aus der Chemie.“ 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Diskussion. 4. Rassenwahl. 5. Revisorwahl. 6. Verschiedenes und Fragelasten.

Versammlung der „Freien Vereinigung der goldener und Fachgenossen“ Montag, den 20. April (Salon), Ineistr. 10, Abends 8 1/2 Uhr, wozu sämtliche Mitglieder auch Kollegen aufgesordert werden zu erscheinen. Statutenkommission, Vierteljahresabschluss und Verschiedenes.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am Sonntag, den 19. d. M. Vormittags 10 Uhr, im Kasino, Wilsnackerstr. 34 statt. Das Referat hat Herr Götsch übernommen. Die Tagesordnung lautet: 1. praktischen und idealen Nutzen lässt und die Vereinigung der deutschen Metallarbeiter erhoffen.“ 2. Freie Diskussion. 3. Kollegen, Schlosser, Dreher, Stöcker, Hobler, Formner u. s. w. werden auf diese Versammlung besonders aufmerksam gemacht. Beiträge für die Mitgliedschaft werden angenommen.

Arbeiter-Bezirksverein vom 15. und 20. Kommandantenstr. Ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 19. April, Vormittags 10 Uhr, in Wohlhaupter's Rantenschiffstraße 9. T. D.: Vierteljährlicher Rassenwahl. Verschiedenes. Fragelasten.

Die nationale Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und Berufsgenossen (S. P.) hat, um ein längeres Bedürfnis ihrer Mitglieder abzustellen, für den 22. d. Mts. ein Restaurant, Sophiestr. 22, errichtet und finden die Rassenfestungen hier wie in Bukowitzer 9 bei Bruffat jeden ersten und dritten im Monat Abends 8 1/2 Uhr statt. Die nächste Sitzung am Montag, den 20. April, abgehalten und werden durch den Kassirer R. Niedemann, Grimmstr. 39, Sonntag, den 12-13 Uhr, Abends von 7 1/2 - 8 1/2 Uhr laufend Geschäfte erledigt.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas- und Dampfmaschinen hält heute, Sonnabend, den 18. d. Mts., Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, eine Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Lesser einen Vortrag über Vegetarismus halten wird. Diskussion über diesen Vortrag, eine Berathung über die jährige Stiftungsfest und verschiedene andere Gelegenheiten bilden den übrigen Theil der Tagesordnung. Durch den interessanten Vortrag erhofft der Vorstand reiches Erscheinen der Mitglieder. Gäste sind willkommen.

Theater.

- Königliches Opernhaus.**
Heute: Carmen.
- Königliches Schauspielhaus.**
Heute: Der Robt des Jaren.
- Deutsches Theater.**
Heute: Der Weg zum Herzen.
- Belealliance-Theater.**
Heute: Klein Geld.
- Königliches Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Heute: Der Großmogul.
- Central-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Kaiser-König.
- Residenz-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Zum 16. Male: Der Kernpunkt. Darauf: Die Schulrechner.
- Walhalla-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Ronisenstädtisches Theater:**
Heute: Curtab Germania!
- Ostend-Theater:**
Heute: Der fliegende Holländer.
- Wallner-Theater.**
Heute: Sein Fehltritt.
- Vittoria-Theater.**
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Gemea, die Kartenlegerin.

Mäntel werden aufgearb. und Kleider werden billig angefertigt. Büchstr. 13 bei Wende. 816

Der VOLKS-BAZAR

(Rein Abzahlungs-Geschäft)
Prinzen-Strasse No. 22, parterre,
empfiehlt zur Frühjahrs-Saison
elegante und dauerhafte Damen- und Mädchen-Mäntel, Herren- u. Knabenanzüge, Paletots, fernst Manufakturwaren, Betten, Singer-Nähmaschinen, Wollwaren, Uhren und Goldwaren, Hüte, Schuhe, Stiefel, zu äußerst billigen oder festen Preisen.
Bei genügenden Referenzen bewilligen gern Credit.

Avis!

Die von dem Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter auf Sonntag, den 19. April, festgesetzte öffentliche Generalversammlung sämtlicher Klavierarbeiter findet zu Gunsten der von der Tischlerlohnkommission auf denselben Tag anberaumten Generalversammlung der Tischler nicht statt.
809 Der Vorstand.

Große Versammlung

d. Vereinigung deutscher Metallarbeiter
Mitgliedschaft Berlin S.

Sonntag, den 19. April 1885, Vormittags 10 Uhr,
im Lokale Neu-Tivoli, Dranienstr. 53.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Angerstein über die Kriegführung in den asiatischen Wüsten und Steppen mit besonderer Bezugnahme der jetzigen asiatischen Verhältnisse. 2. Wahl. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.
823
Pflicht eines jeden Metallarbeiters ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, mag er einer Mitgliedschaft angehören, welcher er will. Auch Nichtmitglieder als Gäste sind gern gesehen.
Der Ausschuss.

Ortskrankenkasse des Zimmerer-Gewerbes.

Sonntag, d. 26. April, Vorm. 10 Uhr, bei Siemund,
Linienstraße 8:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung. 2. Abrechnung.
Zutritt haben nur die am 1. April er. gewählten Delegirten, § 43 des Statuts.
Berlin, den 18. April 1885.
828 Der Vorstand (gez. Weniger.)

Oeffentl. Metallarbeiter-Versammlung

Sonntag, den 19. April, Vormittags 10 Uhr,
im Roabier Kasino, Wilsnackerstraße 34.
Referent Stadt-Kollege Fritz Götsch: „Welchen praktischen und idealen Nutzen lässt uns die Vereinigung der deutschen Metallarbeiter erhoffen?“
Rege Theilnehmung erwünscht.
825 Der Einbetrufer.

Arbeiter-Bezirksverein der Dranienbu

Vorstadt und des Wedding's.
Montag, den 20. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Wedding's
Müllerstraße 178:

Versammlung

T. D.: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. 4. haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
827 Der Vorstand.

Versammlung

des Fachvereins der Metallarbeiter in
Wasser- und Dampf-Maschinen

Sonnabend, d. 18. April, Abends 8 Uhr
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn M. Klein über Besondere
2. Diskussion. 3. Berathung über das Stiftungsfest.
4. Verschiedenes und Fragelasten. - Gäste sind willkommen.
Zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Fachverein der Fraiser u. Berufsgenossen

Mitglieder-Versammlung
Montag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Tis, Köpcke'sche Str. 100.
820 Der Vorstand.

Delegirten-Versammlung

der **Tischler**
Sonntag, Vormittags präzise 9 Uhr, Alte Jakobstr. 30.
Sämtliche Lohnarbeiten müssen eingereicht werden.
824 Zentrallohnkommission der Tischler.

Die Uhrenfabrik

von
Max Busse, Uhrmacher
Nr. 157 Invalidenstrasse Nr. 157
zwischen Brunnens- und Ackerstraße
empfiehlt sein reichhaltiges Lager, sowie seine
Reparatur-Werkstatt.